



# Hessen und Thüringen – Nachbarn und Partner

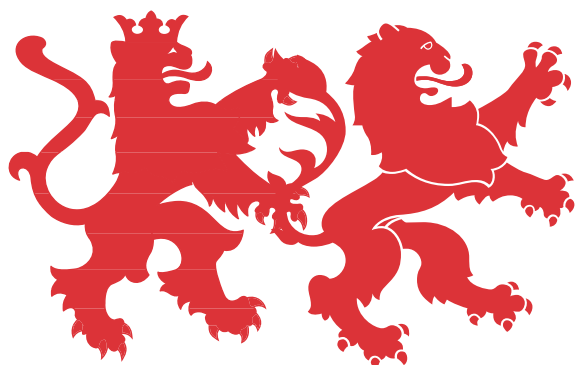
BEGLEITHEFT  
ERGÄNZENDER BEITRAG ZUR AUSSTELLUNG  
»20 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION  
UND DEUTSCHE EINHEIT«

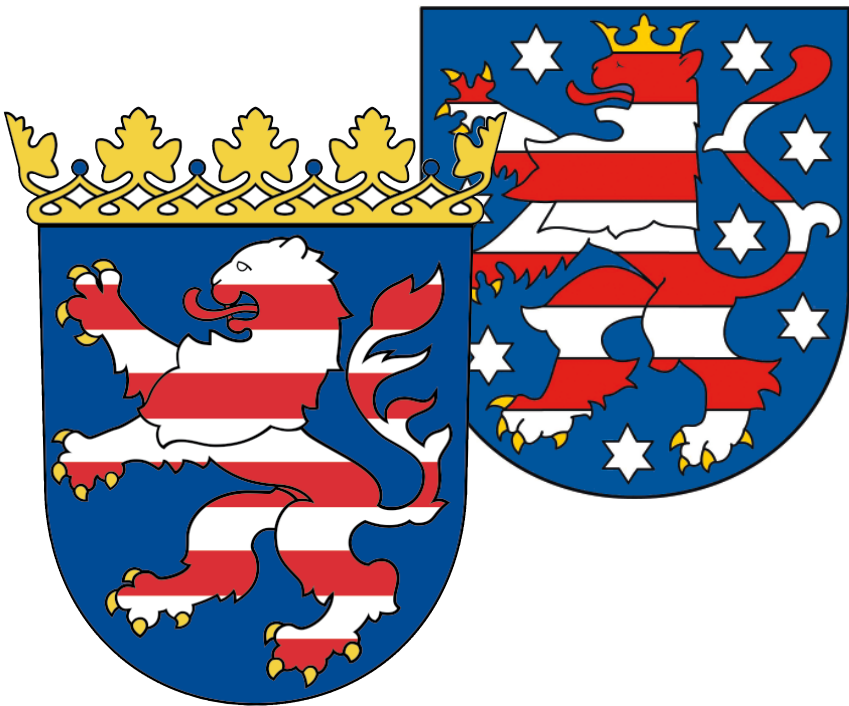


Foto: picture-alliance / dpa

# HESSEN UND THÜRINGEN – NACHBARN UND PARTNER

BEGLEITHEFT  
ERGÄNZENDER BEITRAG ZUR AUSSTELLUNG  
»20 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION  
UND DEUTSCHE EINHEIT«





# INHALT

GRUSSWORT MINISTERPRÄSIDENT ROLAND KOCH	4
1. EINLEITUNG	6
2. HESSEN UND THÜRINGEN WÄHREND DES KALTEN KRIEGES	13
2.1. DER KALTE KRIEG	13
2.2. DIE INNERDEUTSCHE GRENZE	15
2.3. THÜRINGEN ZWISCHEN 1945 UND 1989	19
2.4. HESSEN ZWISCHEN 1945 UND 1989	25
2.5. HESSISCH-THÜRINGISCHE BEZIEHUNGEN WÄHREND DES KALTEN KRIEGES	30
3. DIE »WENDE« IN THÜRINGEN	35
3.1. OPPOSITION UND WIDERSTAND VOR 1989	35
3.2. DIE FRIEDLICHE REVOLUTION UND GRÜNDUNG DES LANDES THÜRINGEN	40
4. HESSENS HILFE FÜR THÜRINGEN	51
5. VON DER »HESSENHILFE« ZUR LANGFRISTIGEN KOOPERATION	63



## GRUSSWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

was in Deutschland vor zwanzig Jahren geschah, hatten viele Menschen ersehnt, aber kaum zu hoffen gewagt: Die Mauer fiel, die Grenzen zwischen Ost- und Westdeutschland wurden geöffnet.

2009 und 2010 erinnern wir an den Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung. Wir sehen dabei auch auf den historischen wie auf den zeitgenössischen Kontext.

Vor 70 Jahren hat Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg begonnen. In dessen Folge kam es zur Teilung Deutschlands wie zur Teilung Europas. Erst die Auflösung des Ostblocks und der emotional große Moment der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 haben die europäische Einigung beflügelt und entscheidend voran gebracht. Die Europäische Union kann 2009 mit Stolz auf nunmehr fünf Jahre erfolgreicher EU-Osterweiterung zurückblicken.

Das Zusammenwachsen von Ost und West ist kein Prozess, der von alleine geschieht. Er muss immer wieder angestoßen werden. Die Erinnerung an das Erlebte und das Erreichte wach zu halten, ist dabei ein wichtiger Baustein.

Die vorliegende Broschüre ergänzt die Ausstellung »20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«. Allerdings wird hier der Fokus der Betrachtung verstärkt auf die über viele Jahrhunderte gewachsene hessisch-thüringische Geschichte gelegt. Die gemeinsame Vergangenheit war in der Zeit der Wende und nach der Deutschen Einheit das ideelle Fundament für die hessische Aufbauhilfe im Nachbarland.

Mit Thüringen verbindet uns weit mehr als nur der rot-weiß gestreifte Löwe, unser gemeinsames Wappentier. Hessen ist mit seinem thüringischen Nachbarland seit Jahrhunderten historisch, kulturell und nicht zuletzt wirtschaftlich eng

verbunden. Die Leserinnen und Leser werden mitgenommen auf eine Reise durch die Zeit bis ins frühe Mittelalter und können die gemeinsame Geschichte von Hessen und Thüringen entdecken.

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung ist das Zusammenleben in einem deutschen Staat für die jüngste Generation glücklicherweise schon wieder eine Selbstverständlichkeit. Gerade deshalb ist es wichtiger denn je, sich der Teilung Deutschlands zu erinnern. Einer Studie der Freien Universität Berlin zufolge wissen viele Schüler heute erschreckend wenig über das Unrechtsregime der DDR. Umso mehr freut es mich, dass die Ausstellung und diese ergänzende Broschüre auch junge Menschen dazu anregen können, sich mit der deutsch-deutschen Vergangenheit auseinander zu setzen.

Mein Dank gilt der Bundesstiftung Aufarbeitung, die zum Anlass dieses Jubiläums diese Ausstellung bereit gestellt hat. Ebenso ist den öffentlichen Archiven in Thüringen und der Thüringer Staatskanzlei zu danken, die das Hessische Hauptstaatsarchiv bei der Erarbeitung der ergänzenden Broschüre zur gemeinsamen hessisch-thüringischen Geschichte unterstützt haben. Ganz besonders danke ich den hessischen Städten und Kreisen, die vor Ort das Thema »friedliche Revolution« und Wiedervereinigung einem breiten Publikum nahe bringen.



Roland Koch  
Hessischer Ministerpräsident

# 1. EINLEITUNG



Auch in Gera artikuliert sich verstärkt nach der Grenzöffnung der Wunsch nach einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.

Stadtarchiv Gera

9. November 1989 – Menschenmengen tanzen auf der Berliner Mauer, die ersten Trabis fahren über die nun offenen Grenzübergänge, ungehindert und laut hupend, fremde Menschen fallen sich in die Arme, Freudentränen in den Augen. Im Internet beschreibt eine Hessin ihre Eindrücke im hessischen Philippsthal kurz nach dem Mauerfall: *»Dort erwartete uns etwas, was ich nicht in Worte fassen kann. Ein Meer von Menschen hastig unterwegs, aufgeregt, glücklich, lachend, weinend, sich umarmend, viele junge Personen mit Kinderwagen, besetzt mit Kindern, aber auch beladen mit vor allem Bananen in großen Mengen. Daran erinnere ich mich heute ganz besonders.«*

Wenn wir an die Wende 1989/90 denken, dann sind es zuerst diese Bilder von Mauerfall und Grenzöffnung, die uns in den Sinn kommen. Doch der Weg bis zur Grenzöffnung und schließlich zur Deutschen Einheit war ein langer.

Seit dem Bestehen der DDR gab es Opposition und Widerstand gegen das Regime. Auf die Unzufriedenheit ihrer Bürger mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen antwortete das Regime 1961 mit dem Bau der Mauer und dem Ausbau der Grenzbefestigungen. Doch der durch die Planwirtschaft bedingte wirtschaftliche Niedergang war damit nicht aufzuhalten. Die Menschen litten unter ständigen Versorgungsengpässen und schauten sehnsüchtig auf die im Westfernsehen angepriesenen Produkte. Verbittert reagierten sie auf die Reisebeschränkungen und sahen sich zunehmend einem immer stärker perfektionierten Bespitzelungssystem ausgeliefert, das sie in ihrer freien Meinungsäußerung behinderte. Fluchtversuche aus diesem System mussten sie mit dem Leben und mit langjährigen Haftstrafen und fortgesetzten Schikanen durch die Staatsorgane bezahlen.

Neue Hoffnung auf eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse keimte auf, als in den Nachbarländern des kommunistischen Machtbereichs Protestbewegungen offen zutage traten. In Polen gründete sich 1980 die unabhängige Gewerkschaftsorganisation »Solidarność«. Sie wurde zunächst mit dem Kriegsrecht bekämpft, führende Mitglieder interniert und die Organisation verboten, doch die Bewegung arbeitete im Untergrund weiter.





Der Abriss der Grenze bei Philippsthal begann zwei Tage nach dem Fall der Mauer.

*Privat*

Der sich abzeichnende Wandel war nicht mehr aufzuhalten, als in der UdSSR Michail Sergejewitsch Gorbatschow 1986 seine Politik von »Glasnost« und »Perestroika«, von Transparenz und Umgestaltung, verkündete und umfangreiche Reformprogramme einläutete. 1988 wurde die Breschnew-Doktrin offiziell aufgehoben. Gorbatschow sicherte den Ostblockstaaten zu, ihre Souveränität achten zu wollen.

Dadurch nahm der Zerfallsprozess des Warschauer Paktes eine Eigendynamik an, die nicht mehr aufzuhalten war. Während in Polen eine nicht-kommunistische Regierung gewählt wurde, Ungarn die offene Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten anstrebte und im Mai 1989 damit begann, die Grenzsicherungsanlagen an der Grenze zu Österreich abzubauen, hielt das SED-Regime zunächst an seinem starren Kurs fest. Ungläubig und verwundert schaute das westliche Europa auf die Vorgänge im Osten.

Viele Menschen in der DDR nutzten dieses politische Tauwetter und stimmten mit den Füßen ab, indem sie zu Zehntausenden ab dem Frühsommer 1989 die Flucht antraten, um über die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn in den Westen zu gelangen. Andere blieben in der DDR und begannen bei den Montagsdemonstrationen für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte offen zu protestieren. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Dietrich Genscher nahm Verhandlungen mit der UdSSR und den Warschauer Paktstaaten auf, um den Flüchtlingen aus der DDR zu helfen, in die Bundesrepublik zu gelangen. Man war sich aber auch bewusst, dass dieser Flüchtlingsstrom langfristig nur durch Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR zu bremsen war.

Die Fälschungen bei den DDR-Kommunalwahlen und die Reformunfähigkeit der SED-Führung brachten schließlich das Fass zum Überlaufen. Im Herbst 1989 gingen in Leipzig, Dresden, Plauen und vielen anderen Städten der DDR Zehntausende auf die Straße, um ihre Stimme gegen das Unrechtsregime zu erheben. Die SED reagierte darauf zunehmend verunsichert, sah sich aber bald ohne Rückendeckung aus Moskau auf verlorenem Posten. Aus dem Ruf der Demonstranten »Wir sind das Volk« wurde im Herbst und Winter 1989 »Wir sind ein



Volk«. Das Regime musste ohnmächtig zusehen, wie das Volk die Macht übernahm, und öffnete schließlich die Schleusen. Nach dem Fall der Mauer gründeten die Bürger Bürgerkomitees und runde Tische und gestalteten den demokratischen Aufbau aktiv mit. Der Mauerfall markiert den Endpunkt einer Entwicklung, die sich lange vor dem Herbst 1989 abzeichnete, die aber vor dem Hintergrund internationaler Umbrüche seit Beginn der 80er Jahre zu sehen ist. Der vernehmliche, aber friedliche Protest war der Wegbereiter für die deutsche Einheit.

In Hessen, das 37 Jahre lang durch eine 269 Kilometer lange Sperranlage von seinen Nachbarn im Osten getrennt war, nahmen die Menschen an den Vorgängen in der DDR und insbesondere in Thüringen besonders großen Anteil, denn zu diesem Nachbarn bestanden durch die Jahrhunderte gewachsene enge Beziehungen. Die gemeinsamen Wurzeln von Hessen und Thüringen reichen bis ins 8. Jahrhundert zurück, als Bonifatius die Region an Werra und Fulda christianisierte und in Fulda sein Lieblingskloster gründete. Ein zeitgenössischer Chronist schrieb, Bonifatius habe viele tausend Menschen getauft.

Als personifizierte Bindeglieder markieren außer Bonifatius die Heilige Elisabeth und Martin Luther die hessisch-thüringische Geschichte. Die Heilige Elisabeth von Thüringen gilt als Stammutter Hessens, da ihr Enkel Heinrich I. Landgraf von Hessen wurde. Ihre Aufopferung und selbstlose Hilfe für die Armen und Kranken machen sie bis heute unvergessen. Zu ihrer Grablege in der Marburger Elisabethkirche pilgern seit Jahrhunderten die Gläubigen und erheben Marburg zum Hauptort der Elisabethverehrung. Die Wartburg bei Eisenach steht für das Wirken Elisabeths als Herrscherin und Landesmutter, aber auch als Aufenthaltsort Martin Luthers, der dort die Bibel ins Hochdeutsche übersetzte.

Durch Erbverbrüderungen blieben die Häuser Hessen und Wettin seit dem späten Mittelalter ebenso verbunden wie durch das gemeinsame Bekenntnis zur Lehre Luthers und durch die Einführung der Reformation im 16. Jahrhundert. Landgraf Philipp von Hessen und Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen agierten im Schmalkaldischen Bund als Anführer der protestantischen deutschen Fürsten gegen das Haus Habsburg.



Martin Luther in einem Bildnis von Lukas Cranach (l.)

Die Heilige Elisabeth (r.)  
Hessisches Staatsarchiv Marburg

Im 19. und 20. Jahrhundert bestanden auf den Gebieten der Energieerzeugung, der Rohstoffproduktion und des industriellen Sektors enge Verflechtungen insbesondere zwischen dem nord- und osthessischen und dem Thüringer Raum. 1920 wurden die bis dahin bestehenden sächsischen Kleinstaaten zum Land Thüringen zusammengefasst. Was dort nach dem Ersten Weltkrieg zustande kam, gelang in Hessen erst am Ende des Zweiten Weltkriegs. 1945 besetzten die Amerikaner Hessen und Thüringen, räumten aber gemäß den Vereinbarungen der Konferenz von Jalta noch im selben Jahr Thüringen, das an die Sowjetische Besatzungszone fiel. Hessen, durch Proklamation General Eisenhowers vom 19. September 1945 zum Staat Groß-Hessen vereinigt, blieb unter amerikanischer Besatzung. Vergeblich bemühten sich in den ersten Nachkriegsjahren die Ministerpräsidenten Geiler (Hessen) und Paul (Thüringen), die wirtschaftlichen Verbindungen über die Zonengrenzen hinweg wieder aufleben zu lassen. Die politische Großwetterlage zwischen Ost und West verhinderte jedoch schon ab 1947 jegliche politische Annäherung. Um den Bruch mit der bisherigen Tradition zu vervollständigen, wurde Thüringen als Land 1952 aufgelöst und in die Regierungsbezirke Suhl, Gera und Erfurt untergliedert. Die Grenze zwischen den Systemen verlief zwischen Hessen und Thüringen, trennte zuweilen Dörfer und Familien, unterbrach Eisenbahnlinien und Straßen.

Offizielle Kontakte zwischen Hessen und Thüringen waren für Jahrzehnte blockiert. Um so größere Bedeutung nahmen vor allem in den 80er Jahren die kleineren Gesten und die privaten und persönlichen Kontakte ein. Vereine, Verbände und die Kirchen taten sich besonders hervor und ermöglichten hessischen und zum Teil auch thüringischen Bürgern Reisen über die Grenze. Noch vor dem Fall der Mauer kamen Städtepartnerschaften zwischen der BRD und der DDR zu Stande, so auch zwischen Marburg und Eisenach und zwischen Kassel und Arnstadt.



Als einer der prominentesten politischen Aufbauhelfer leitete Prof. Dr. Hans Joachim Jentsch aus Wiesbaden das Thüringer Justizministerium (hier vor seinem Dienstgebäude in Erfurt 1991).

*Privat*

1989 fiel der Eiserne Vorhang nicht nur in Berlin. Er fiel auch zwischen Philippsthal und Vacha, zwischen Herleshausen und Wartha, zwischen Ober- und Untersuhl, zwischen Großburschla und Altenburschla. In den ersten Tagen der Grenzöffnung strömten tausende Menschen in beiden Richtungen über die nun offenen Grenzen. Hessische Bürgerinnen und Bürger organisierten private Hilfs Transporte und packten in den ersten Monaten nach dem Mauerfall beim Aufbau des Landes tatkräftig mit an. Diese Hilfsbereitschaft setzte sich nach der Wiedervereinigung 1990 fort. Es mangelte vor allem an Personal für den Aufbau demokratischer Strukturen. So auch bei der Thüringer Landesvertretung in Bonn. »Wenn der Postbote klingelte, öffnete der Staatssekretär«, erinnert sich Prof. Hans-Joachim Jentsch (CDU), der zur Zeit der Wende Mitglied des Hessischen Landtages war und als Justizminister in die Thüringer Landesregierung berufen wurde. »Man muss sich die Situation des Jahres 1990 noch einmal vergegenwärtigen. Eine Regierung ohne Unterbau, Minister ohne Ministerien«, erzählt er.

Viele hessische Politiker aller Parteien wurden zu Aufbauhelfern in Thüringen. Sie demonstrierten Solidarität, halfen bei der Parteiengründung oder loteten Kooperationsmöglichkeiten aus. Als kurz nach der Neugründung Thüringens das erste Kabinett unter Ministerpräsident Josef Duchač (CDU) am 8. November 1990 ernannt wurde, wirkten neben Prof. Hans-Joachim Jentsch auch der hessische CDU-Politiker Jochen Lengemann als Minister und zahlreiche Staatssekretäre aus Hessen mit.

Der Generalsekretär der CDU Hessen, Franz Josef Jung, im Gespräch mit Lothar de Maizière, dem Vorsitzenden der Ost-CDU, 1990.

Privat

Finanzielle Unterstützung kam in Form des »Aktionsprogramms Hessen-Thüringen« der Hessischen Landesregierung unter Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU). Mit den bereit gestellten 250 Millionen DM konnte der Bau von Verkehrswegen, das Gesundheitswesen, der Umweltschutz und auch Projekte



der Denkmalpflege unterstützt werden. So erstrahlte das historische Erfurter Andreasviertel schon bald dank hessischer Hilfe in neuem Glanz.

Heute arbeiten Hessen und Thüringen in vielen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf Augenhöhe zusammen. So wurde 1992 der gemeinsame Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen gegründet. Knapp 20 Jahre nach der Wende, sind Hessen und Thüringen sich ihrer gemeinsamen Geschichte bewusst. Dazu gehört auch, dass man sich gemeinsam erinnert. Die Point Alpha Stiftung, die von beiden Ländern getragen wird, bewahrt den ehemaligen Grenzposten Point Alpha als einen Ort des gemeinsamen Gedenkens und der historischen Aufarbeitung.

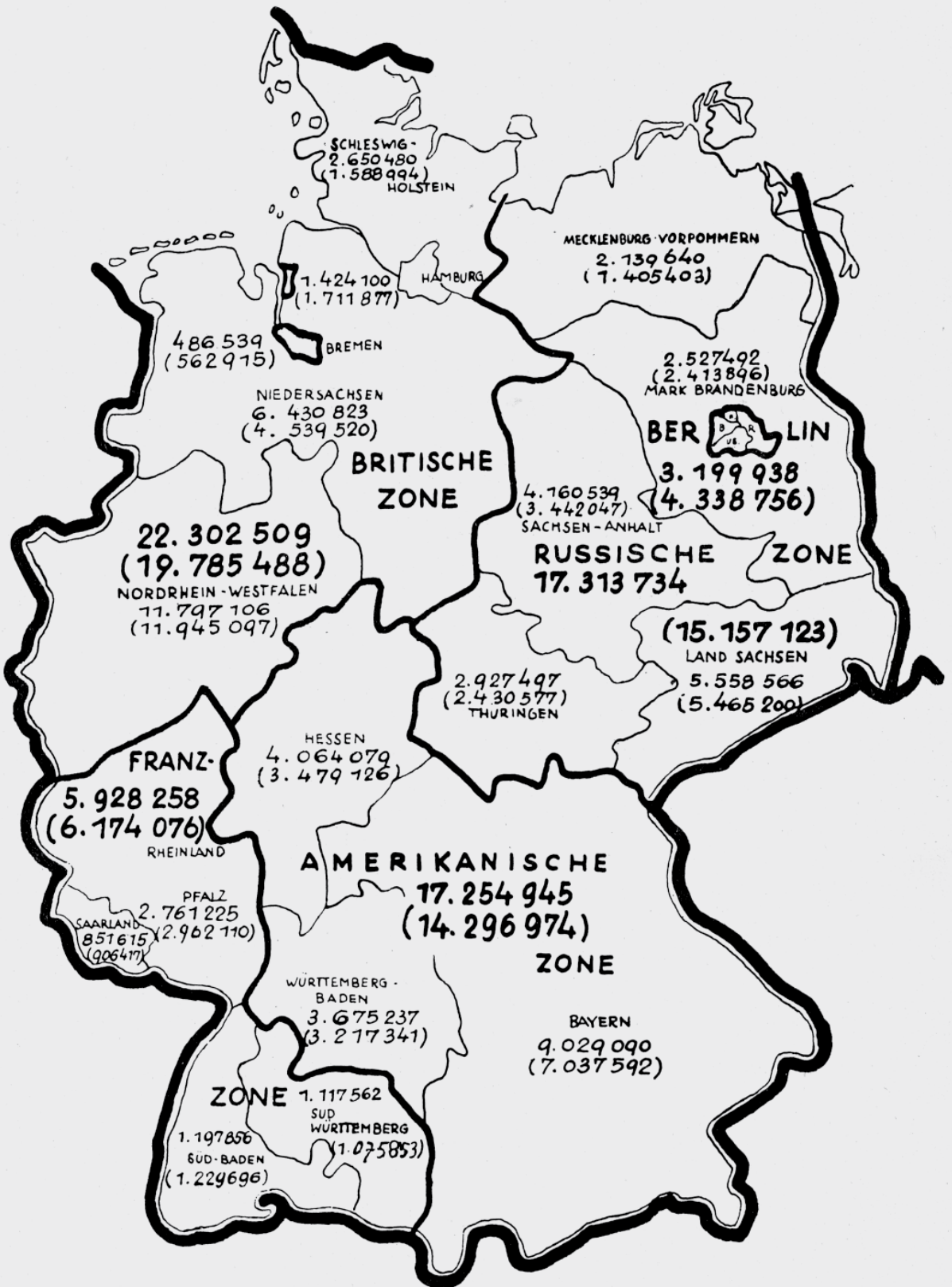
Das Hessische Hauptstaatsarchiv hat in Zusammenarbeit mit der Hessischen Staatskanzlei die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeitete Ausstellung »20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« zum Anlass genommen, den Blick auf das Verhältnis zwischen Hessen und Thüringen durch dieses Begleitheft zu ergänzen. Beim Zustandekommen dieses Begleitheftes haben uns viele Institutionen und Personen unterstützt. Ein besonderer Dank geht dabei an die Thüringer Staatskanzlei und an die Hessische Staatskanzlei, an die öffentlichen Archive in Thüringen sowie an zahlreiche Privatpersonen, die Dokumente und Fotos bereitgestellt haben. Das Hessische Hauptstaatsarchiv ist zu Dank verpflichtet: Herrn Hendrik Friggemann, der die Textbeiträge für die historischen Rückblicke verfasste und Literaturrecherchen durchführte, dem Team der Staatskanzlei, namentlich Frau Barbara Bussfeld, Herrn Lukas Braun und Frau Laura-Julie Weißkopf, die die Entstehung dieses Begleitbuches kritisch begleiteten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agentur »die Basis«, die sich um die Gestaltung des Bandes verdient machte.

Grenz-Gedenkstätte  
Point Alpha.  
Point Alpha





# Die Bevölkerung in den deutschen Ländern 29. Okt. 1946 u. (17.5.1939).



## 2. HESSEN UND THÜRINGEN WÄHREND DES KALTEN KRIEGES

### 2.1. DER KALTE KRIEG

Die Geschichte Hessens und Thüringens zwischen 1945 und 1989/90 fiel in die Zeit des Kalten Krieges. Im Zuge dieses »kalten« Konflikts zwischen den »Westmächten« unter der Führung der USA und dem »Ostblock« unter sowjetischer Hegemonie versuchten beide Systeme, die jeweils andere Seite unterhalb der Schwelle eines »heißen«, offenen Krieges einzudämmen und zurückzudrängen. Als der Ausdruck »cold war« 1947 zum Topos für diesen Ost-West-Konflikt wurde, lag die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus gerade zwei Jahre zurück. Noch gemeinsam hatte die aus den beiden westlichen Alliierten Großbritannien und USA sowie der Sowjetunion bestehende Anti-Hitler-Koalition zwischen 1941 und 1945 das nationalsozialistische Deutschland niedergedrückt.

*Während der 1920er Jahre war das Land Thüringen von innerer Zerrissenheit geprägt: Ständige Wechsel der Landesregierungen sowie erstarkender Extremismus von links und rechts führten zu einem Klima politischer Instabilität, das 1930 erstmals den Weg für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP auf Landesebene bereitete. Unter der Frick-Regierung, benannt nach dem späteren Reichsinnenminister Wilhelm Frick (1877–1946) wurde Thüringen »Experimentierfeld« für die Nationalsozialisten. Durch Misstrauensvotum konnte die NSDAP zwar vorläufig am 1. April 1931 aus der Regierung wieder herausgedrängt werden. Bei den Landtagswahlen 1932 siegten jedoch die Nationalsozialisten und bildeten eine neue Regierung mit dem Gauleiter Fritz Sauckel (1894–1946) als Vorsitzendem und Staatsminister. Nach den Reichstagswahlen 1933 wurde der spätere maßgebliche Organisator der Zwangsarbeit im Dritten Reich Reichsstatthalter für Thüringen, das wie die übrigen Länder gleichgeschaltet wurde und damit faktisch seine Eigenstaatlichkeit verlor. Im Volksstaat Hessen war die NSDAP anders als in Thüringen vor 1933 nicht an der Regierung beteiligt. Gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 kam es in den Gaugebieten Hessen-Nassau-Süd und Hessen-Darmstadt sogar zu Protestkundgebungen. Ebenso wurde aber auch dort unter Sauckels Pendant Jakob Sprenger (1884–1945) der national-*

Dr. Wilhelm Frick. Als erster Minister der NSDAP zu Zeiten der Weimarer Republik überhaupt war Wilhelm

Frick 1930/31 Staatsminister für Inneres und Volksbildung im Land Thüringen.



Fritz Sauckel, während der NS-Zeit Reichsstatthalter für Thüringen. (l. u. m.) Thüringisches Hauptstaatsarchiv



Jakob Sprenger war Reichsstatthalter des Volksstaates Hessen und Leiter des NS-Gaues Hessen-Nassau. Auf seiner Flucht vor der US-Army beging Sprenger am 7. Mai 1945 Selbstmord.



*sozialistische Machtanspruch unerbittlich durchgesetzt. Seit 1935 zudem Chef der Landesregierung, war der Reichsstatthalter im Volksstaat Hessen einer der wenigen Funktionäre, die sowohl Staat als auch Partei in ihrem Machtbereich in Personalunion repräsentierten.*

Doch bereits mit Kriegsende traten die Gegensätze zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion deutlich hervor. Die Sowjetunion bemühte sich intensiv um die Festigung ihrer Einfluss- und Sicherheitssphäre in Mittel- und Osteuropa. Ihrerseits versuchten die USA seit 1945 das Vordringen des Kommunismus mit ihrer Containment-Strategie einzudämmen und ihren eigenen Einflussbereich zu vergrößern. Beide Seiten traten in einen Rüstungswettlauf ein; sowohl die USA als auch die UdSSR gründeten mit der NATO bzw. dem Warschauer Pakt eigene Militärbündnisse. Erst die Auflösung des Ostblocks in den 1980er Jahren und der Zerfall der UdSSR 1990 beendeten den Kalten Krieg.

Die deutsche Teilung war eine Folge dieser Ost-West-Konfrontation. Noch unmittelbar nach dem Sieg über Nazi-Deutschland hatten die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 eine gemeinsame Verwaltung und die Wahrung der nationalen Einheit Deutschlands vereinbart. Doch unter den Vorzeichen des Kalten Krieges spaltete Deutschland sich auf in einen westlichen Teil, bestehend aus den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen und einen östlichen Teil, bestehend aus der sowjetischen Besatzungszone. Zwischen 1945 und 1949 entstanden zwei deutsche Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, die jeweils in ihren politischen und gesellschaftlichen Systemen 40 Jahre lang eingebunden blieben.



Propagandatafel der DDR aus den 1950er Jahren an der innerdeutschen Grenze zur Bundesrepublik.



## 2.2. DIE INNERDEUTSCHE GRENZE

Die Scheidelinie zwischen den verfeindeten Ideologien und Militärböcken verlief mitten durch Deutschland. Westlich dieser Demarkationslinie vereinigten die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Besatzungszonen zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mit eigener Währung, der so genannten Trizone. Sie bildete die Keimzelle eines demokratischen westdeutschen Staates, der späteren Bundesrepublik Deutschland. Somit blieb als eigentliche »Zonengrenze« schließlich die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone übrig.

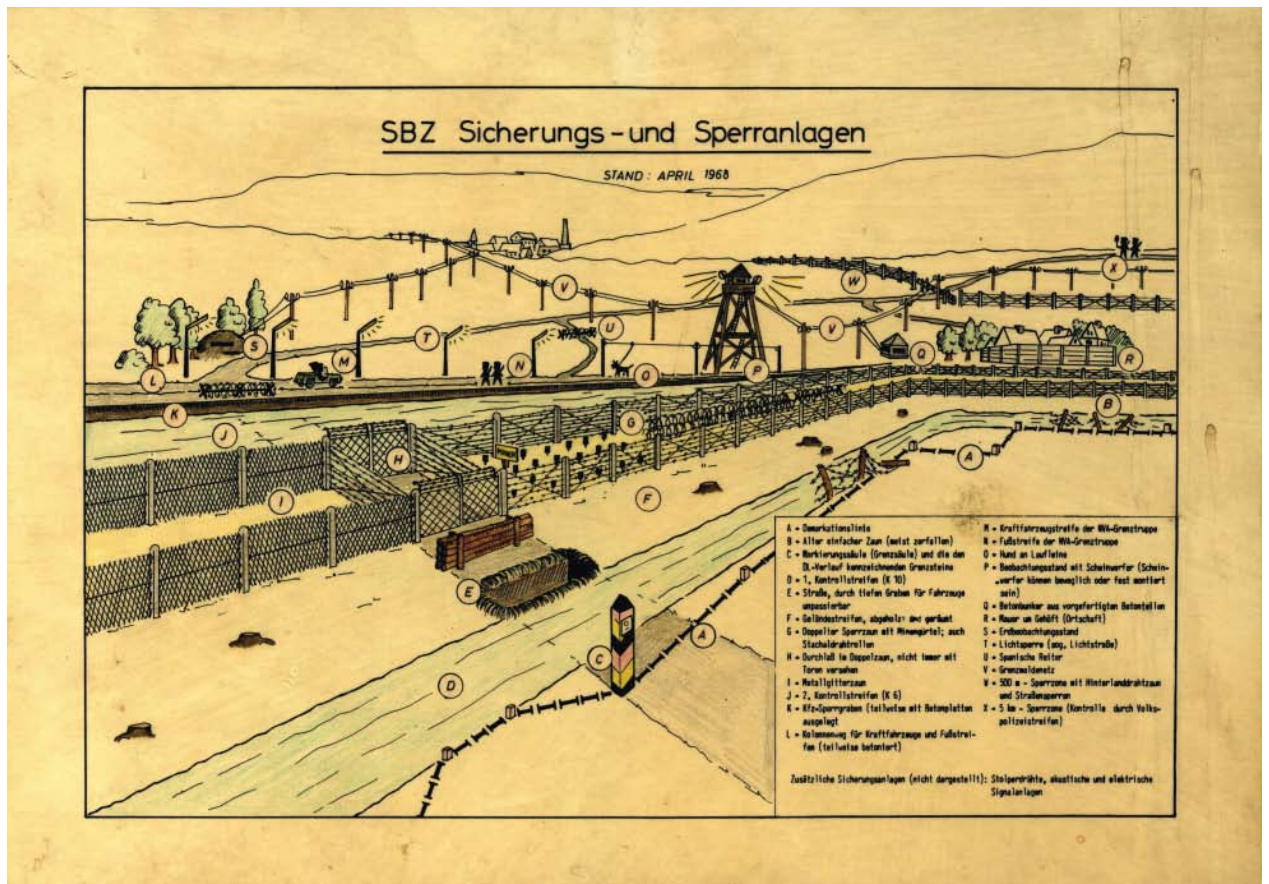
Diese Zonengrenze hatte von Beginn an etwas Trennendes. Dennoch bestanden zwischen beiden Seiten Deutschlands in der unmittelbaren Nachkriegszeit über die rund 1.400 Kilometer lange Demarkationslinie hinweg noch vielfältige Verbindungen politischer und wirtschaftlicher, vor allem aber privater Natur. Doch binnen weniger Jahre entwickelte sich diese zunächst noch durchlässige Demarkationslinie zu einer Absperrungsgrenze. Dies lag in der Ost-West-Konfrontation begründet, die sich seit 1946 immer deutlicher abzeichnete. Innerhalb ihrer Besatzungszone trieb die Sowjetunion den Aufbau eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems voran, was dort viele Menschen zur Flucht und Abwanderung in den freien Westteil Deutschlands veranlasste. Um diesen demographischen »Aderlass« zu stoppen und die Bevölkerung zum Bleiben zu zwingen, riegelte die Sowjetunion gemeinsam mit den von ihr eingesetzten Länderregierungen ab dem 30. Juni 1946 die Grenze ihrer Besatzungszone zum Westen hin ab. Als die Sowjets 1948/49 die Zufahrtswege von und nach Berlin sperrten, nahm die Zonengrenze den Charakter eines undurchlässigen »Eisernen Vorhangs« an. Ab Mai 1952 beschloss die Regierung der 1949 gegründeten DDR schließlich die Befestigung ihrer »Staatsgrenze West«. Ideologisch begründete das Regime diesen Schritt mit dem Schutz des sozialistischen Staates vor Übergriffen aus dem Westen durch einen »antifaschistischen Schutzwall«; de facto sollte mit dem Grenzbollwerk die eigene Bevölkerung an der Flucht in den Westen gehindert werden.

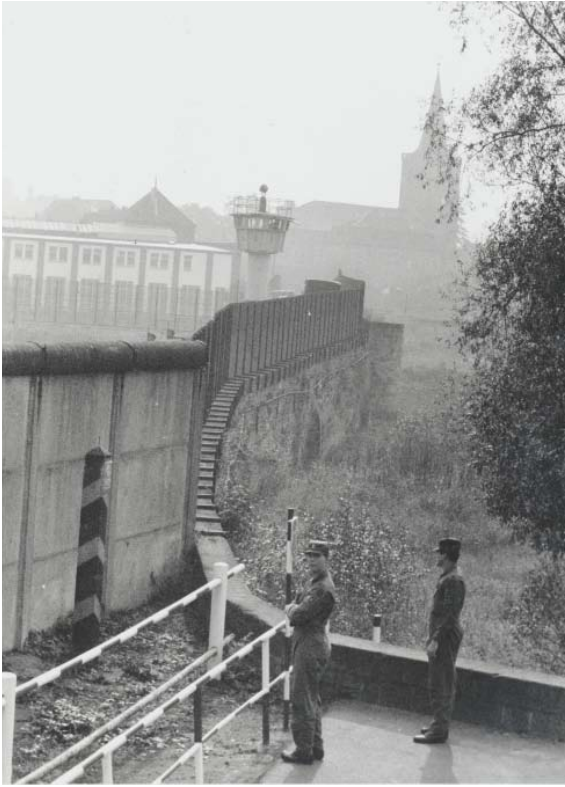
Im Zuge dieser Politik der Absperrung wurden seit 1945 auch die traditionellen Verkehrswege über Bahn, Straße und Wasser weitgehend gekappt. Für den Eisenbahnverkehr zwischen Ost und West ließ die Sowjetunion zunächst allein die Strecke über Helmstedt und Marienborn nach West-Berlin offen; nach der Berlin-Blockade kamen einige weitere Strecken hinzu, auf denen zwischen den beiden deutschen Staaten ein eingeschränkter Grenzverkehr von Gütern und Personen stattfinden durfte. Ähnlich war die Situation auch beim Straßenverkehr. Je mehr das Grenzregime auf der östlichen Seite verschärft wurde, desto mehr Straßenübergänge zwischen West- und Ostdeutschland wurden ab 1945 geschlossen. Ab 1952 blieben nur noch wenige Übergänge bestehen, von denen ein größerer Teil dem Transitverkehr nach Berlin diente. Für die Binnenschifffahrt blieben am Ende nur die Übergänge auf der Elbe und dem Mittellandkanal übrig.

Bereits fünf Kilometer vor der eigentlichen Grenze zur Bundesrepublik begann die »Sperrzone«, aus der die dort lebende Bevölkerung zum Teil zwangsweise in das Hinterland umgesiedelt wurde. Direkt entlang der Demarkationslinie ließen die Behörden der DDR einen 10 Meter breiten Streifen abholzen und umpflügen. Als menschenverachtendes Hindernis gegen »Republikflüchtlinge« war dieser »Todesstreifen« zeitweise vermint und mit Selbstschussanlagen ausgerüstet. Die eigentliche Westgrenze markierte zunächst ein hüfthoher Stacheldrahtzaun, seit Beginn des Baues der Berliner Mauer 1961 schließlich ein kaum noch überwindbarer doppelter Stacheldrahtzaun bzw. Streckmetallgitterzaun.

Die Grenze wurde streng bewacht; zunächst seit 1946 durch die »Deutsche Grenzpolizei« mit einer anfänglichen Truppenstärke von 2.500 Mann. Entsprechend der Grenze wurde auch die Grenzpolizei materiell und auch personell bis zum Mauerbau 1961 bis auf 50.000 Mann massiv ausgebaut. Die Soldaten der DDR-Grenztruppen hatten den ausdrücklichen Befehl, den »illegalen Grenzübertritt«, also Fluchtversuche von Bürgern ihres Landes, strikt mit Waffengewalt zu vereiteln. Dieser »Schießbefehl« wurde erst unmittelbar nach Grenzöffnung im November 1989 formell aufgehoben.

Schematische Darstellung der Sicherungs- und Sperranlagen der innerdeutschen Grenze.





Die innerdeutsche Grenze zwischen dem hessischen Philippsthal und dem thüringischen Vacha 1988/89.

Foto Weitkamp

Trotz aller Maßnahmen des SED-Regimes zur Absperrung der DDR wagten viele Menschen die Flucht in den verheißungsvollen Westen. Ebenso spektakulär wie auch riskant war die Flucht zweier Familien aus Pöbneck mit einem selbst hergestellten Heißluftballon 1979. Die meisten Fluchtversuche scheiterten aber an dem ausgeklügelten Grenz- und Überwachungssystem. Mindestens 872 Opfer forderte die Absperrung der vormals durchlässigen Grenze zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Deutschlands zwischen 1945 und 1989. Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelte es sich bei diesen Grenztoten um Bürger der DDR. Allein an der innerdeutschen Grenze wurden 371 Menschen getötet. Zusätzlich starben zwischen 1961 und 1989 239 Menschen an der Berliner Mauer.

Diese innerdeutsche Grenze trennte Hessen und Thüringen über eine Länge von 269 Kilometern. Der Grenzverlauf entsprach weitgehend der alten, bis in das 16. Jahrhundert zurück reichenden Landesgrenze zwischen Hessen-Kassel und auf der thüringischen Seite Sachsen-Weimar-Eisenach. Seit ihrem Beitritt zum Deutschen Zollverein 1833/34 waren beide Länder handelspolitisch weiter zusammengewachsen. Im Bewusstsein der beiderseitigen Bevölkerung hatte die alte Landesgrenze kaum noch eine Rolle gespielt. Vor Beginn des Kalten Krieges waren Hessen und Thüringen zwei Länder in einem Raum, der wirtschaftlich und kulturell zusammengewachsen war.

*Ein starkes Band zwischen Hessen und Thüringen schuf über Jahrhunderte hinweg der christliche Glaube. So geht die Christianisierung in Hessen und Thüringen auf Bonifatius zurück. Dieser angelsächsische Priester wurde zu Beginn der 720er Jahre der von Papst Gregor II. (669–731) zum Missionar bestellt. Bonifatius trieb im hessisch-thüringischen Raum eine planmäßige Kirchenorganisation voran und begründete bedeutende Klöster: 744 erteilte er seinem Schüler Sturmius (ca. 715–779) den Auftrag, in Fulda ein Kloster einzurichten, in das der Leichnam des 746 zum Mainzer Bischof erhobenen Bonifatius nach seiner Ermordung durch heidnische Friesen*





Bonifatius als Kirchenbauer / Fresko, Hess Bonifatius, eigentl. Winfried, Heiliger, Apostel der Deutschen', um 672–754. »Der Heilige Bonifatius laesst die Donar-Eiche faellen und aus ihr eine Kirche bei Geismar bauen (724).«, Fresko, 1834/44, von Heinrich Maria von Hess (1798–1863)  
 picture-alliance / akg-images

*überführt wurde. Dort ruhen bis heute seine Gebeine in der ehemaligen Abteikirche, dem Dom St. Salvator zu Fulda. Lullus (ca. 710–786), ein weiterer Schüler Bonifatius', errichtete 769 das Kloster Hersfeld. Mit ihren verstreuten Gütern banden die beiden kirchlichen Gründungen, die von Karl dem Großen zu Reichsabteien erhoben wurden, thüringische und hessische Gebiete wie eine Klammer eng aneinander.*

Diese friedliche Nachbarschaft wurde durch die Zonengrenze jäh unterbrochen. Von den zahlreichen Straßen- und Eisenbahnverbindungen zwischen Hessen und Thüringen beließ die DDR schließlich allein die Übergangsstellen Herleshausen-Wartha (Straße) und Bebra.



So wie die Autobahn E70 von Hessen nach Thüringen in Richtung Eisenach durchschneidet die Grenze zahlreiche Verkehrswege.



Hermann L. Brill, um 1948.  
Der thüringische Sozialdemokrat wurde nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald von den Amerikanern mit dem administrativen Aufbau in Thüringens beauftragt.



Rudolf Paul, Nachfolger von Brill als Landespräsident von Thüringen 1946. Ein Jahr später floh Paul in den Westen und ließ sich als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main nieder.  
*Thüringisches Hauptstaatsarchiv*

## 2.3 THÜRINGEN ZWISCHEN 1945 UND 1989

Der Zweite Weltkrieg endete in Thüringen mit der Besetzung des Landes durch die amerikanischen Streitkräfte im April 1945. Mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war auch deren Verwaltung zusammengebrochen. Für den administrativen Neuaufbau gewannen die Amerikaner den Sozialdemokraten Hermann L. Brill, der die Befreiung Thüringens von der NS-Gewaltherrschaft als politischer Gefangener des Konzentrationslagers Buchenwald erlebt hatte. Die Amerikaner ernannten Brill zum Regierungspräsidenten. Doch bevor Brill seine Neuordnungspläne für Staat und Verwaltung in einer von den Amerikanern konstituierten und um Teile des preußischen Regierungsbezirks Erfurt erweiterten »Provinz« Thüringen umsetzen konnte, vollzog sich im Juli 1945 der Besatzungswechsel.

Bereits 1944, noch während des Krieges, hatten die UdSSR, Großbritannien und die USA die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen vertraglich festgelegt. Nach dieser Übereinkunft lag Thüringen dem tatsächlichen Kampfverlauf zum Trotz in der sowjetischen Besatzungszone. Vereinbarungsgemäß zogen sich daher Anfang Juli 1945 die amerikanischen Truppen aus Thüringen zurück. An ihre Stelle rückte die Sowjetarmee nach. Unter sowjetischer Militärverwaltung war die Demokratisierung Thüringens nach den Vorstellungen von Brill nicht mehr möglich. Noch im Juli 1945 entließ die Sowjetische Militär-Administration des Landes Thüringen (SMATH) den deutschen Regierungschef Brill. Sie begann auch in Thüringen mit dem Aufbau eines politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herrschaftssystems nach dem stalinistischen Vorbild der UdSSR.



Die Landesregierung Thüringens 1946–1947. Stehend v.l.: Külz, Wolf, Grosse; sitzend v.l.: Moog, Busse, Dr. Paul, Dr. Appel.



Regierungsübergabe vom Chef der Sowjetischen Militäradministration Thüringen, Gardegeneralmajor Kolesnitschenko, an Willy Gebhardt, Thüringer Innenminister und August Frölich, Landtagspräsident, am 12. November 1949.

*Thüringisches Hauptstaatsarchiv (o. u. u.)*



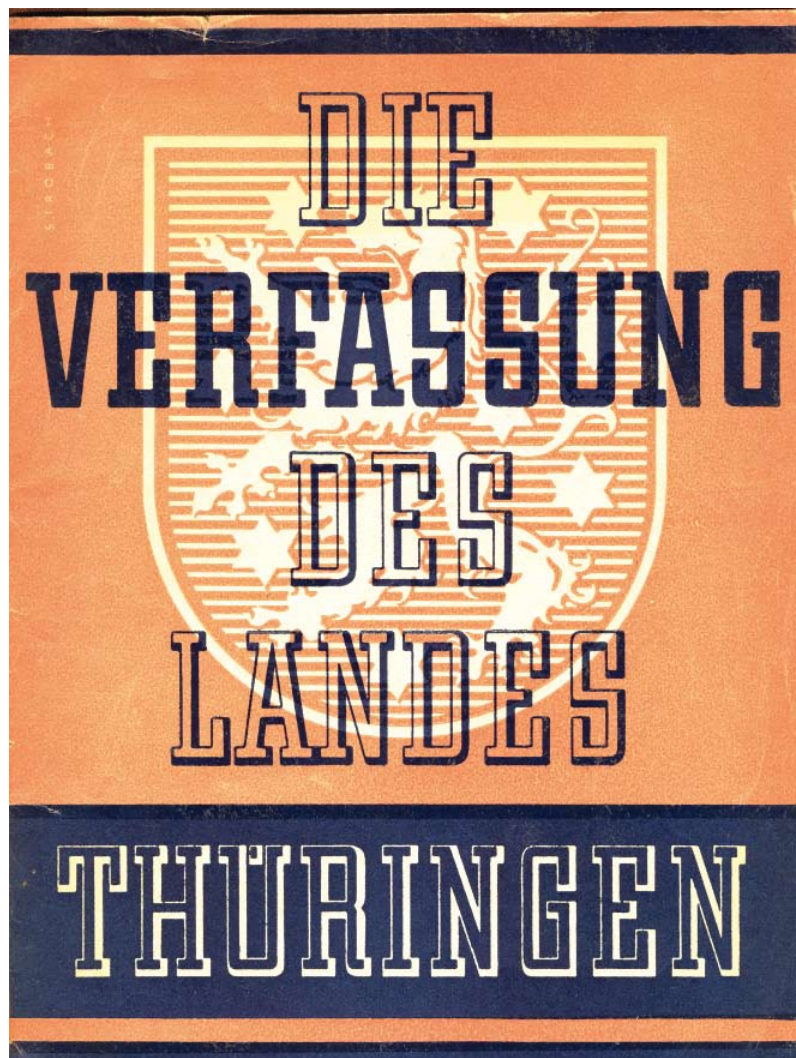
An Brills Stelle trat der parteilose Rudolf Paul als »Präsident des Landes Thüringen«. Paul floh allerdings aufgrund des geringen politischen Spielraums im September 1947 nach Westdeutschland. Ein wichtiger Schritt zum Aufbau eines »sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern« in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) war auch in Thüringen der zwangsweise Zusammenschluss der dortigen SPD im April 1946 mit der KPD zur thüringischen SED. Die sozialistische »Einheitspartei« nahm fortan auch über das formelle Ende der sowjetischen Besatzungsherrschaft im Zuge der Gründung der DDR hinaus die politische Führungsrolle in Thüringen ein.

Das Land Thüringen existierte jedoch nicht lange. Unter den politischen Vorzeichen des von der SED-Diktatur propagierten »Aufbaus des Sozialismus« hatten die Bürger Thüringens zwar 1946 noch einen Landtag gewählt und eine neue Landesverfassung angenommen. Der Sitz der Landesregierung wechselte 1950 von Weimar in das vormals preußische Erfurt. Jedoch war für einen Föderalismus in der zentralistischen DDR kein Raum. Obgleich die DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 auf einem föderalen Staatsaufbau basierte, wurde die politische Eigenständigkeit der Länder rasch und nachhaltig beschnitten. Zunächst schränkte die DDR-Regierung 1950 die Finanzhoheit ihrer Länder ein. Mit der Durchführung einer tief greifenden Verwaltungsreform zerschlug man dann zwei Jahre später die Länderstruktur.

An die Stelle der fünf Länder der DDR traten 14 Bezirke mit insgesamt 194 Landkreisen auf der unteren Verwaltungsebene. Mit dieser Gliederung war die Staatsverwaltung über einen kurzen und einheitlichen Befehlszug direkt an die

Titelblatt des Druckes der  
Landesverfassung vom 20. Dezember 1946.

*Thüringisches Hauptstaatsarchiv*



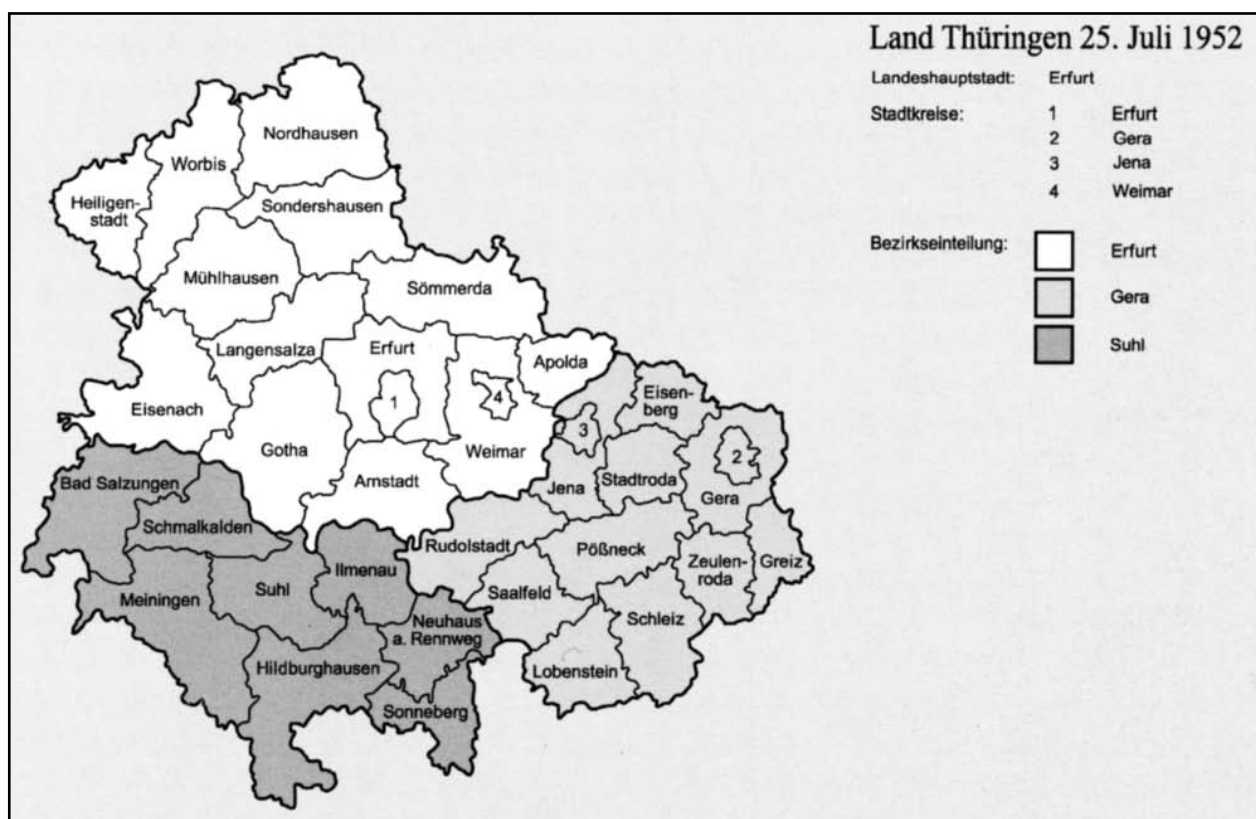


Zentralregierung in Ostberlin gebunden und damit von dort leichter kontrollierbar und steuerbar. Anders als bei den Ländern kamen bei der Bezirksbildung kaum territorialgeschichtliche Traditionen zum Tragen. Ihr Zuschnitt richtete sich eher nach ökonomischen, sicherheitspolitischen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten. Im Zuge der administrativen Neuordnung wurde das Land Thüringen in die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl aufgeteilt.

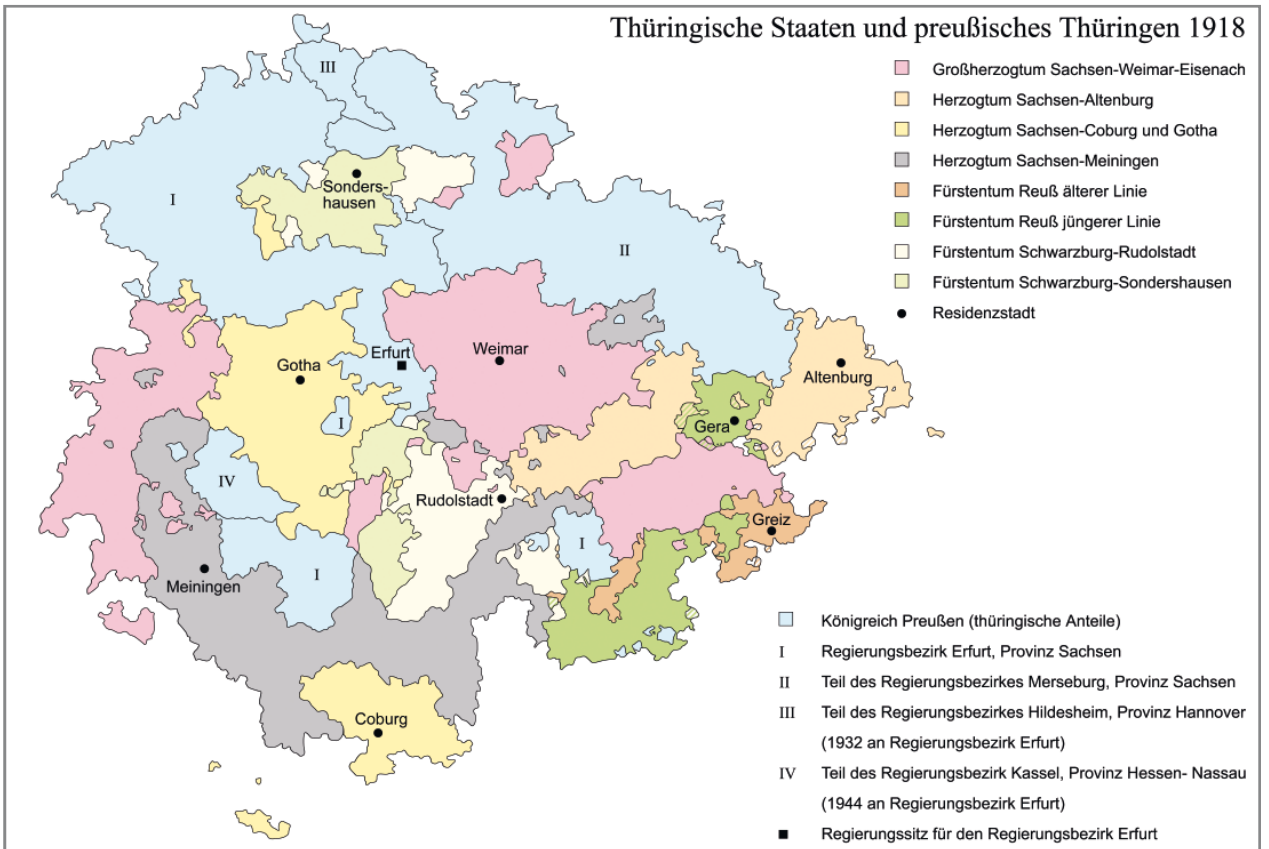
Der wiederum in 13 Landkreise untergliederte Bezirk Erfurt war hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl (1,2 Mio. Einwohner), seiner Grundfläche (7349 Quadratkilometer) und auch seiner Wirtschaftskraft der bedeutendste der drei Bezirke. Erfurt war bereits seit 1815 Sitz einer preußischen Bezirksregierung und seit 1950/51 Sitz der thüringischen Landesregierung. Ökonomisch lag das Schwergewicht auf der Metall verarbeitenden Industrie, dem Maschinenbau und der Landwirtschaft des Thüringer Beckens. Der in 11 Landkreise unterteilte Bezirk Gera hatte zwar eine kleine Fläche, er besaß aber durch Jena als eines der industriellen Zentren der DDR ökonomisch besonderes Gewicht. Jena wurde systematisch seit dem Ende der Ära Ulbricht mit dem VEB Carl Zeiss Jena als Leitbetrieb für den »wissenschaftlichen Gerätebau« der DDR zu einer sozialistischen »Technopolis« ausgebaut. Der Bezirk Suhl mit seinen acht Landkreisen lag im Südwesten Thüringens. Er war sowohl hinsichtlich seiner Fläche als auch der Bevölkerungszahl der kleinste Bezirk der DDR überhaupt. Wirtschaftliche Bedeutung hatten der Kalibergbau, die Metall verarbeitende sowie die Glasindustrie.

Aufteilung des Landes Thüringen in drei Bezirke 1952.

Thüringisches Hauptstaatsarchiv



## Thüringische Staaten und preußisches Thüringen 1918



Thüringische Staaten und preußisches Thüringen 1918. *Thüringisches Hauptstaatsarchiv*

*Thüringen war zwischen dem 15. und dem 20. Jahrhundert über fast 500 Jahre hinweg ein Land der Kleinstaaterei. Vor allem seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts fiel Thüringen einer territorialen Zerstückelung anheim, die den kleinstaatlichen deutschen Fleckenteppich der Neuzeit maßgeblich bereicherte. Die historische Bedeutung Thüringens lag vor allem auf kulturellem Gebiet. So herrschte bereits im Mittelalter ein intensives literarisches Leben in Thüringen, wo Dichter wie Walther von der Vogelweide (um 1170–um 1230) oder Wolfram von Eschenbach (1160/80–um 1220) am landgräflichen Hof wirkten. Kulturell große Bedeutung erlangten in Thüringen die Buchkunst und Buchmalerei sowie die Wandmalerei, von der der Nikolaiturm in Erfurt eindrucksvoll Zeugnis ablegt. Unter der Regierung von Herzog Karl August von Sachsen-Weimar-Eisenach (1757–1828) und seiner Mutter Anna Amalia (1739–1807) blühte Thüringen zu einem kulturellen Mittelpunkt Deutschlands auf.*



Stück der »Großen Bilderhandschrift« von Wolfram von Eschenbachs Willehalm.

# Militärregierung Deutschland-Amerikanische Zone

## Proklamation Nr. 2

### An das deutsche Volk in der amerikanischen Zone:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation:

#### Artikel I

Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet:

#### **Groß-Hessen**

umfaßt Kurhessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt-Goarshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rheinhessen;

#### **Württemberg-Baden**

umfaßt die Kreise Aalen, Backnang, Böblingen, Crailsheim, Esslingen, Omünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Mergentheim, Nürtingen nördlich der Autobahn, Oehringen, Stuttgart, Ulm, Vaihingen, Waiblingen, den Landeskommissärbezirk Mannheim und die Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt und Land und Pforzheim Stadt und Land;

#### **Bayern**

umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.

#### Artikel II

Soweit das deutsche Recht, das zur Zeit der Besetzung in Kraft war, nicht durch die Militärregierung oder den Kontrollrat für Deutschland aufgehoben, zeitweilig außer Kraft gesetzt oder abgeändert worden ist, bleibt es in jedem Staatsgebiete der amerikanischen Besatzungszone anwendbar, bis es durch neue Gesetzgebung des Kontrollrates für Deutschland oder der Militärregierung oder der hierdurch gebildeten Staaten oder eines anderen zuständigen Organs aufgehoben oder außer Kraft gesetzt worden ist.

#### Artikel III

1. Jeder der hierdurch gebildeten Staaten hat unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnisse der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, soweit deren Ausübung nicht mit früher und zukünftig getroffenen Maßnahmen des Kontrollrates für Deutschland oder einer von diesem errichteten zentralen deutschen Behörde im Widerspruch steht.

2. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Schaffung demokratischer Einrichtungen möglich sein wird, genügt es für die Gültigkeit staatlicher Gesetzgebung, daß sie von dem Ministerpräsidenten genehmigt und verkündet wird.

#### Artikel IV

Die Befugnis zur Gesetzgebung und zur Ausübung anderer Regierungsgewalten durch Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister und andere Beamte örtlicher Verwaltungen wird in dem folgenden Umfange anerkannt: Diese Befugnisse stehen den vorgenannten Beamten nach Maßgabe des deutschen Rechts zu, wie es zur Zeit der Besetzung in Kraft war und wie es zu gegebener Zeit durch den Kontrollrat für Deutschland oder durch die Militärregierung oder mit deren Genehmigung abgeändert worden ist oder abgeändert wird. Außerdem haben sie die Befugnisse, die notwendig oder angemessen sind, um die Aufgaben, deren Erledigung ihnen von der Militärregierung übertragen wird, zu erfüllen,

Datum: 19. September 1945

**DWIGHT D. EISENHOWER**

General of the Army, U. S. A.  
Oberster Befehlshaber der  
Amerikanischen Streitkräfte  
in Europa.



Das Land »Groß-Hessen« 1945/46.  
Hardenberg



## 2.4 HESSEN ZWISCHEN 1945 UND 1989

Fast zeitgleich mit Thüringen wurde auch das Gebiet des heutigen Landes Hessen Ende März/Anfang April 1945 von der amerikanischen Armee besetzt. Es blieb Teil der amerikanischen Besatzungszone und erfuhr auf Betreiben und mit Unterstützung der amerikanischen Militärregierung in der Nachkriegszeit eine grundlegende demokratische Neuordnung nach westlichem Muster. Mit ihrer Proklamation Nr. 2 begründete die amerikanische Militärregierung am 19. September 1945 das Land »Groß-Hessen«. Groß-Hessen entstand aus der preußischen Provinz Kurhessen, dem östlichen Teil der preußischen Provinz Nassau und dem rechtsrheinischen Gebiet des Volksstaats Hessen. Damit waren die seit 1567 getrennten Gebiete der beiden ehemaligen hessischen Landgrafschaften Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt erstmals wieder vereint worden. Als erster Ministerpräsident amtierte der parteilose Hochschullehrer Professor Karl Geiler. Zur Landeshauptstadt wurde das wenig kriegszerstörte Wiesbaden – vormals nassauische Residenz und unter Preußen Provinzhauptstadt – in direkter Nähe zur dort ansässigen Landesmilitärregierung erhoben. Bereits im August setzten die Amerikaner die Parlamentarisierung Hessens in Gang. Die Hessische Verfassung trat am 1. Dezember 1946 als erste Nachkriegsverfassung Deutschlands überhaupt in Kraft.

Landespolitisch stand das junge Land Hessen anfangs vor großen Aufgaben. Staat und Gesellschaft waren von den geistigen und personellen Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien und zu demokratisieren. Der Wiederaufbau musste begonnen und die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden. Infolge des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges ab 1945 mussten bis 1952 über 750.000 Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aus Polen, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei aufgenommen und gesellschaftlich integriert werden. Bedingt durch die deutsche Teilung erhöhte sich



Prof. Karl Geiler, erster, 1945 noch von der amerikanischen Militärregierung ernannter Ministerpräsident Hessens.



Ministerpräsident Georg August Zinn regierte Hessen zwischen 1950 und 1969.

die Anzahl dieser »Neubürger« um die Flüchtlinge aus der SBZ bzw. ab 1949 der DDR. Nach der Linderung der schlimmsten Not unter den beiden ersten Landesregierungen unter Karl Geiler und Christian Stock übernahm 1950 Georg August Zinn das Amt des Ministerpräsidenten. Unter seiner Führung begann das Land 1951 mit der Umsetzung des ersten »Hessenplans«. Dieses bis dato bundesweit einmalige Investitionsprogramm für die Infrastruktur und Soziales beschleunigte die Integration der Neubürger und förderte den ländlichen Raum. Insbesondere die von ihren thüringischen Nachbarregionen abgeschnittenen Grenzgebiete Ost Hessens erhielten hierdurch einen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich. Den planmäßigen Aufbau des Landes, das sich in der Ära des »Landesvaters« Zinn bis 1969 zu einem »sozialdemokratischen Musterland« entwickelte, setzte in den 1960er Jahren der »Große Hessenplan« fort. Der Erfolg dieser pragmatischen Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik ließ sich auch daran ablesen, dass Hessen seit Mitte der 1950er Jahre »vorn« lag und zu den »Geberländern« des Länderfinanzausgleichs zählte.

Im Anschluss an diese Phase des Wiederaufbaus blieb jedoch auch Hessens Wirtschaft von konjunkturellen Schwankungen sowie strukturellem Wandel nicht verschont. Zunehmend tiefer werdende Risse in Politik und Gesellschaft verursachte zunächst die Bildungspolitik der 1960er und 1970er Jahre. Der politische Konflikt um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens mit dem Ausbau der Startbahn 18 West mündete in gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Staat und Bürgern. Diese innenpolitische Konfrontation eskalierte schließlich 1987 am Rhein-Main-Flughafen in der Ermordung von zwei Polizeibeamten durch einen Demonstranten.

Am 1. Dezember 1946 hat die hessische Bevölkerung die neue Verfassung per Volksentscheid angenommen.

# VOLKSENTSCHEID

am 1. Dezember 1946

## Verfassung des Landes Hessen

Die Verfassung des Landes Hessen ist am 1. Dezember 1946 in Kraft getreten.







Protestzug von Raunheimer Bürgerinnen und Bürger gegen den geplanten Bau der Startbahn West durch die Landeshauptstadt Wiesbaden am 3. Februar 1981.

*picture-alliance / dpa*



Die erste aus einer rot-grünen Koalition hervorgegangene Landesregierung.  
2. v. l. Ministerpräsident Holger Börner, 3. v. l. Umweltminister Joschka Fischer, 12. Dezember 1985.

*picture-alliance / dpa*



Die Ökologiebewegung, die u.a. aus den Protesten am Frankfurter Flughafen und gegen die Atompolitik der Landesregierung hervorging, formierte sich politisch seit Beginn der 1980er Jahre in der Partei der Grünen. In Hessen traten die Grünen 1985 gemeinsam mit der SPD in die Regierung ein und stellten mit Joschka Fischer im Umweltressort erstmals einen Minister auf Landesebene. Das Zerbrechen dieses »Konfliktbündnisses« an dem Streit um die Hanauer Atomfabrik Alkem brachte der CDU, die seit den 1970er Jahren zunehmend erstarkt und aus dem Schatten der SPD herausgetreten war, 1987 einen Sieg bei den Landtagswahlen. Als sich 1989 die Grenze zur DDR unerwartet öffnete, wurde Hessen seit zwei Jahren von der christlich-liberalen Koalition unter dem Ministerpräsidenten Walter Wallmann regiert.

Nach 40-jähriger Vorherrschaft der SPD konnte die CDU gemeinsam mit der FDP am 24. April 1987 die Regierung in Hessen übernehmen. Ministerpräsident Wallmann mit seinem Kabinett nach der Vereidigung: v. l. Sozialminister Trageser (CDU), Justizminister Koch (CDU), Innenminister Milde (CDU), Ministerpräsident Wallmann (CDU), Wirtschaftsminister Schmidt (FDP), Landwirtschaftsministerin Reichhardt (parteilos), Kultusminister Wagner (CDU), Finanzminister Kanther (CDU), stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Kunst Gerhardt (FDP) und Umweltminister Weimar (CDU).

*picture-alliance / dpa*



## 2.5 HESSISCH-THÜRINGISCHE BEZIEHUNGEN WÄHREND DES KALTEN KRIEGES

Mit dem Beginn des Kalten Krieges in der unmittelbaren Nachkriegsphase bahnte sich die Spaltung Deutschlands an. Dieser Entwicklung zum Trotz gab die erste Hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Karl Geiler das Ziel der Wahrung der Einheit Deutschlands nicht auf. Gemäß der politischen Devise Geilers: »Wir dürfen den Osten unter keinen Umständen fallenlassen, sondern müssen jede mögliche Verbindung und Brücke zu ihm aufrechterhalten«, bemühte sich Hessen zwischen 1945 und 1946 um eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Thüringen.

*Hessen und Thüringen waren vor allem im 19. Jh. wirtschaftlich eng zusammengewachsen. So fanden 1828 das damalige Kurhessen, die thüringischen Fürstentümer sowie Sachsen im Mitteldeutschen Handelsverein zu einem einheitlichen Zollgebiet zusammen. Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 besaßen die staatlichen Grenzen zwischen den Bundesstaaten fast nur noch administrative Bedeutung. Wirtschaftlich wurde die enge Verflechtung zwischen Hessen und Thüringen weiter ausgebaut. In der Weimarer Zeit gab es sogar Bestrebungen, zusammengewachsene Wirtschaftsräume bei der Neugliederung der Länder und der Verwaltungsgrenzen zu berücksichtigen. Vor allem im nordhessisch-westthüringischen Raum hatten sich derartige Einheiten entwickelt, für die die Landes- und Provinzgrenzen keine Rolle mehr spielten.*



Der Thüringer Landespräsident Rudolf Paul (r.) mit seiner Delegation beim Besuch Groß-Hessens in Wiesbaden am 27. April 1946.



V.l.n.r. Ministerpräsident Karl Geiler, James R. Newman, Chef der amerikanischen Landesmilitärregierung Hessens und Landespräsident Rudolf Paul beim Besuch der Wartburg.

Auch Thüringen zeigte sich an Kontakten zu seinem westlichen Nachbarland interessiert. Nachdem zunächst Ende 1945 Wirtschaftsbeauftragte beider Seiten den Abschluss von Handelsverträgen ausgelotet hatten, folgte Geiler im Januar 1946 der Einladung seines thüringischen Amtskollegen Paul nach Weimar. Anlässlich dieser Zusammenkunft wurde der zuvor ausgehandelte Wirtschaftsvertrag zwischen beiden Ländern geschlossen. Zu weiteren Berührungspunkten kam es in der Folge. Im April 1946 stattete der Thüringer Landespräsident in Wiesbaden einen Gegenbesuch ab. Bei dieser Gelegenheit erklärte Paul, dass er mit Geiler übereinstimme, die Einheit Deutschlands wieder herbeizuführen. Im Sommer 1946 nahmen dann die rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Frankfurt und Jena Verbindung auf, zudem gastierte die Thüringische Staatskapelle in Hessen. Im August fand ein Leichtathletik-Wettkampf in Frankfurt statt und die Finanzminister beider Länder trafen sich zu einem Erfahrungsaustausch in Weimar. Durch die Ernennung des vormaligen Thüringer Ministerpräsidenten Hermann Brill zum Staatssekretär der Hessischen Staatskanzlei am 8. August 1946 wurden die engen Kontakte besonders unterstrichen. Geiler reiste im August 1946 erneut nach Thüringen, wo er auf der Wartburg von Paul begrüßt wurde. Dabei kritisierte er die von den Amerikanern geplante und zum 1. Januar 1947 realisierte wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen mit der britischen Zone, da sie die Spaltung weiter vertiefen würde.

Allmählich jedoch wuchs der Dissens zwischen Ost und West. So kamen die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone der Einladung zur Interzonen-Konferenz im Oktober 1946 in Bremen nicht mehr nach. Auch zwischen Thüringen und Hessen wurden nun Treffen nur noch auf ministerieller Ebene vereinbart. An der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 nahm Paul als Sprecher der ostzonalen Regierungschefs teil, wo er im Namen der Vertreter der sowjetischen Besatzungszone den Beschluss über die Bildung eines deutschen Einheitsstaats beantragte. Die Konferenz scheiterte jedoch, die ostdeutschen Amtsinhaber reisten vorzeitig ab. Zu diesem Zeitpunkt waren die Weichen für die Eingliederung Hessens und Thüringens in zwei unterschiedliche Staaten auf deutschem Boden gestellt, die erst 50 Jahre später wieder zueinander finden würden.

Mit der Abriegelung ihres Staatsgebietes gegenüber dem Westen brachte das SED-Regime die über Jahrhunderte gewachsenen Verbindungen zwischen Hessen und Thüringen beinahe zum Erliegen. Der Ausbau der innerdeutschen Grenze seit den 1950er Jahren, vor allem aber die Perfektionierung der Grenzanlagen



Bundeskanzler Willy Brandt (m.) verlässt nach dem ersten innerdeutschen Gipfelgespräch am 19. März 1970 in einem Sonderzug den Erfurter Bahnhof. Bei dem Gespräch ging es um die offizielle Anerkennung der DDR und um die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

*picture-alliance / ZB*

nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 machte die Pflege von privaten und offiziellen Kontakten fast unmöglich. Bis zur Öffnung der Grenze behinderte und unterband die Führung der DDR dezentrale, private wie auch offizielle Kontaktversuche der hessischen Seite. Das Treffen des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Willi Stoph in Erfurt am 19. März 1970 geriet durch den begeisterten Empfang der Erfurter Bevölkerung und die Rufe »Willy ans Fenster!« zu einer politischen Demonstration des Zusammengehörigkeitsgefühls, die in der Bundesrepublik große Aufmerksamkeit erregte. Der Grundlagenvertrag von 1972 schuf dann die Voraussetzungen für eine stärkere Durchlässigkeit der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten auf kulturellem, wissenschaftlichem und humanitärem Gebiet. Die Bundesregierungen unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl setzten weiter auf die Politik der kleinen Schritte im Verhältnis zur DDR. Vor allem in den 1980er Jahren wurden Familienzusammenführungen ebenso möglich wie der Besuch westdeutscher Schulklassen, Jugend- und Erwachsenengruppen in der DDR. Bis zum Ende kritisch beäugt von der SED-Führung, knüpften bereits vor der Wende Kommunen in Hessen und Thüringen partnerschaftliche Beziehungen: Marburg – Eisenach 1988, Kronberg – Ballenstedt 1988, Kassel – Arnstadt 1989 und Reinheim – Fürstenwalde 1989.

Anknüpfungspunkte zwischen Hessen und Thüringen bestanden vor 1989 auch in kultureller Hinsicht, da es hier aus der gemeinsamen Geschichte viel Verbindendes gab. Der Abschluss des deutsch-deutschen »Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit« im Mai 1986 schuf einen rechtlichen Rahmen, den die hessische Seite zur Intensivierung der kulturellen Kontakte nach Thüringen nutzte. So unternahm die erste Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Vera Rüdiger, noch 1986 eine Informationsreise in die DDR, um den Handlungsspielraum für die wechselseitigen Kulturkontakte auszuloten. Auch die hessische FDP, namentlich deren Landtagsabgeordnete Ruth Wagner, setzte sich nachdrücklich für einen regeren Kulturaustausch zwischen Hessen und Thüringen ein. Bis zur Öffnung der Grenze 1989 keimten kulturelle Beziehungen zwischen beiden Seiten auf, z. B. bei Museen oder auch den Archiven, an die nach der Wende angeknüpft werden konnte.





Vor der Wende bemühte sich Vera Rüdiger als hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst zwischen 1984 und 1987 um den Ausbau der Kulturkontakte nach Thüringen.



Die hessische FDP-Politikerin Ruth Wagner setzte sich bereits vor der Grenzöffnung nachdrücklich für die Verbesserung der hessisch-thüringischen Beziehungen ein.  
*picture-alliance / dpa*



Zwei amerikanische Soldaten betrachten nach der Befreiung des einstigen nationalsozialistischen Konzentrationslagers Buchenwald einen Anhänger mit Leichen von KZ-Häftlingen vor dem Krematoriumsgebäude. Rund 60.000 Menschen starben zwischen 1937 und 1945 im KZ; zwischen 1945 und 1950 noch einmal rund 7.000 Menschen im sowjetischen Speziallager.

*picture-alliance / ZB*



Die frühere Stasi-Haftanstalt in der Andreasstraße in Erfurt wird am Dienstag (20. März 2007) von Besuchern besichtigt.

Seit den Fünfziger Jahren hatte das MfS hier Verdächtige in Untersuchungshaft gebracht und verhört.

*picture-alliance / ZB*

## 3. DIE »WENDE« IN THÜRINGEN

### 3.1. OPPOSITION UND WIDERSTAND VOR 1989: BÜRGERBEWEGUNG, GRENZÖFFNUNG, THÜRINGEN ZWISCHEN WENDE UND EINHEIT

Nach dem hoffnungsvollen demokratischen Neubeginn unter der nur wenige Monate andauernden amerikanischen Besatzungsherrschaft begann mit der Etablierung des sowjetischen Besatzungssystems der Aufbau einer kommunistischen Diktatur in Thüringen. Vielerorts wurden die gerade erst von der US-Besatzungsmacht eingesetzten Bürgermeister, Landräte und Verwaltungsbeamten durch willfährige Personen ersetzt. Wer sich nicht rechtzeitig noch bis zur Abriegelung der Grenze der Massenflucht in den Westen anschloss, sondern der kommunistischen Diktatur widersetzte, dem drohten drakonische Strafen. Vor sowjetischen Militärtribunalen wurden insbesondere Sozialdemokraten abgeurteilt, die häufig bereits die NS-Diktatur durchlitten hatten und sich der Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED widersetzen. In das sowjetische Speziallager Buchenwald, das die Besatzungsmacht ab August 1945 im ehemaligen nationalsozialistischen KZ auf dem Ettersberg bei Weimar errichtete, wurden wieder Demokraten eingesperrt, die dort bereits während des Nationalsozialismus inhaftiert gewesen waren.

Auch nach der Errichtung der DDR 1949 und dem damit einhergehenden Ende der sowjetischen Besatzungsherrschaft wurden politisch Andersdenkende massiv verfolgt und waren der staatlichen Gesinnungsjustiz ausgesetzt. Beim unnachgiebigen Kampf gegen den politischen Gegner im Innern war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) das wichtigste Herrschafts- und Machtinstrument für den totalitären SED-Staat. Eine »politische Polizei«, die von Beginn an fest in kommunistischer Hand lag, entstand bereits 1945 in der sowjetischen Besatzungszone. Sie verfolgte zum einen NS-Täter, arbeitete zum anderen dem berüchtigten sowjetischen Geheimdienst NKWD zu, um politisch Andersdenkende zu bekämpfen. Im Februar 1950 schuf die SED-Regierung dann formell die DDR-Staatssicherheit, die sog. Stasi, als »Schild und Schwert der Partei«. Sie war nicht allein eine traditionelle Geheimpolizei, sondern durchzog Staat und Gesellschaft mit einem engmaschigen Netz von Spitzeln, den sog. Inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Die Stasi bediente sich subtiler Mittel der Verfolgung der Unterwanderung, Verleumdung oder »Zersetzung« der inneren Gegner. Allein im Thüringer Raum besaß die Stasi bei ihrer Auflösung 1990 7.500 Mitarbeiter und sammelte während ihrer 40 Jahre währenden Tätigkeit dort rund 13 Kilometer Akten an, vorwiegend Beobachtungs- und IM-Vorgänge.





Sowjetischer Panzer auf dem Jenaer Holzmarkt während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953.

*picture-alliance / dpa*



Auch in Gera schlugen die Panzer der Sowjetarmee den Volksaufstand gewaltsam nieder.

*Stadtarchiv Gera*

In Thüringen rührte sich früh Opposition und Widerstand gegen die politische Unterdrückung durch die sowjetische Besatzungsmacht und das SED-Regime. Bis Anfang der 1950er Jahre kam dieser Widerstand von Seiten der Sozialdemokratie, aber auch aus den Reihen der gleichgeschalteten bürgerlichen Blockparteien CDU und LDP. Der Widerstand in der Gesellschaft, der sich wie in Altenburg zwischen 1948 und 1950 zunächst punktuell geäußert hatte, gipfelte in Thüringen im Volksaufstand des 17. Juni 1953. Der seit Jahren währende repressive politische Druck auf die eigene Bevölkerung, vor allem aber die rapide Verschlechterung der Wirtschafts- und Versorgungslage ließen die Bereitschaft zu einem Aufbegehren gegen die SED-Diktatur anwachsen. Der Volksaufstand entzündete sich in Berlin und griff rasch auf Thüringen über. Schließlich beteiligten sich Menschen aus über 100 Städten und Dörfern; die Schwerpunkte lagen in den industriellen Zentren Jena und Gera.

Vor allem das gewaltsame Eingreifen der sowjetischen Schutzmacht rettete in dieser Situation die Herrschaft des verunsicherten und überforderten SED-Regimes.

Die Niederschlagung des Aufstands der »Arbeiter und Bauern« gegen den gleichnamigen Staat kostete auf thüringischem Gebiet mindestens sieben Menschen das Leben und führte zu einer Vielzahl von Verhaftungen und Aburteilungen.

Nach dem blutigen Ende des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 und der weiteren Verschärfung des stalinistischen Kurses durch die SED-Führung Ende 1956 als Reaktion auf den gescheiterten Volksaufstand in Ungarn verstummten die Stimmen der Opposition nicht. Es formierte sich zwischen 1956 und 1958 eine intellektuelle Opposition an der Universität Jena, den die DDR-Führung mit Exmatrikulationen, Berufsverboten bis hin zu Inhaftierungen oppositioneller Studenten bekämpfte. Vor allem aber rückten die Kirchen zusehends in das Zentrum des Widerstands gegen die SED-Diktatur. Die Kirchen standen in einem natürlichen Gegensatz zum atheistischen Kommunismus; sie waren aus Sicht der SED



Treffen der Offenen Arbeit der evangelischen Kirche in Rudolstadt 1978.  
*Thüringer Archiv für Zeitgeschichte – ThürAZ (Jena)*

ein ideologischer Fremdkörper in der sozialistischen Gesellschaft. Die SED bekämpfte die Kirchen anfänglich mit offenem Terror, nach dem Volksaufstand von 1953 dann eher mit atheistischer Propaganda und verdeckten Methoden. Gegen antikirchliche und atheistische Maßnahmen wie die Einführung der Jugendweihe als Ersatzritus zur Kommunion und Konfirmation rührte sich zum Teil vehementer Widerstand aus den Kirchen. Trotzdem bemühten sich die Kirchenleitungen wie die Lutherische Landeskirche in Thüringen um Anpassung und Staatsnähe, um nicht weitere Konflikte mit dem SED-Staat zu schüren. Dennoch fanden sich in einigen thüringischen Gemeinden Geistliche, die die Institution Kirche und die Heilige Schrift als ethische Herausforderung zum sozialistischen System propagierten. Vor allem die kirchliche »offene« Jugendarbeit auf Gemeindeebene, wie sie beispielsweise von dem Braunsdorfer Pfarrer Walter Schilling betrieben wurde, bot nonkonformen Jugendlichen einen Raum zur Entfaltung ihrer eigenen Identität außerhalb der staatlichen Bevormundung.

Pfarrer Walter Schilling bei einer Abendmahlsfeier mit Jugendlichen in den 1980er Jahren.  
*Thüringer Archiv für Zeitgeschichte – ThürAZ (Jena)*



Seit den 1970er Jahren formierte sich allmählich die Opposition in Thüringen auf einer allmählich breiter werdenden Basis. Kirchliche und oppositionelle Strukturen blieben weiterhin eng miteinander verknüpft. Unter dem Schutz und Dach der Kirchen entwickelte sich in Thüringen eine oppositionelle Friedens- und Umweltbewegung. Neben den Kirchen positionierten sich Künstler, die in ihren Arbeiten die politischen Missstände in der DDR thematisierten und dafür den Repressalien des Staates ausgesetzt waren. Die Zunahme der oppositionellen Aktivitäten und der Vernetzung der unterschiedlichen Oppositionsgruppierungen konnte auch der Ausbau der Verfolgungsmaschinerie durch den SED-Staat nicht eindämmen. Der Ruf nach elementaren demokratischen Bürgerrechten wurde lauter. In Thüringen stieß beispielsweise 1981/82 die Kampagne »Schwerter zu Pflugscharen«, die der sächsische Jugendpfarrer Christoph Wonneberger zur Durchsetzung eines sozialen Friedensdienstes angestoßen hatte, auf große, nachhaltige Resonanz. Am Vorabend der Friedlichen Revolution 1988 registrierte die Stasi in den drei Bezirken Thüringens 27 oppositionelle Gruppen. Doch noch war diese kritische Alternativkultur keine Massenbewegung, die das SED-Regime hätte gefährden können.



Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen«, wie er tausendfach von jungen Menschen in der DDR getragen wurde.

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte – ThürAZ (Jena)



Umweltseminar Nordhausen mit dessen Initiatorin Gisela Hartmann (r.) im April 1989.

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte – ThürAZ (Jena)



Demonstration der Jenaer Friedensgemeinschaft im März 1983.  
*Thüringer Archiv für Zeitgeschichte – ThürAZ (Jena)*





### 3.2. DIE FRIEDLICHE REVOLUTION UND NEUGRÜNDUNG DES LANDES THÜRINGEN

Im Zuge des wirtschaftlichen Verfalls der DDR in ihrem letzten Jahrzehnt und der unübersehbaren Reformunfähigkeit der Regierung wuchs der Unmut der eigenen Bevölkerung stetig an. Versorgungsengpässe machten sich deutlich bemerkbar und waren angesichts der westdeutschen, medial via ARD und ZDF transportierten »Beziehungsgesellschaft« umso schmerzhafter. Zugleich stand die überalterte SED-Führung im Bann des Status quo und verweigerte sich Gorbatschows »neuem Denken« von »Glasnost« und »Perestroika«. Der SED-Staat verlor in einem rasanten Maße an Legitimität innerhalb der Bevölkerung, was sich vor allem in der Ausreisebewegung niederschlug. In den Jahren vor der »Wende« äußerten immer mehr Bürger ihre Totalabsage an den Staat in Form von Ausreiseanträgen. Das rasant wachsende Reformdefizit in der erstarrten DDR alltäglich vor Augen, hatten sich auch in Thüringen zahllose Menschen am Vorabend der »Wende« vom sozialistischen Staat abgewandt und resignierten. Aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven beantragten allein 1988 in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 14.000 Personen die Ausreise in den Westen. Diese »Abstimmung mit den Füßen« erreichte 1989 ihren Höhepunkt, als zehntausende DDR-Bürger über Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei in den Westen flohen.

Wie selbstbewusst die Bürgerrechtsbewegung am Vorabend der »Wende« auftrat, zeigten in Weimar und Erfurt die vehementen Proteste und Demonstrationen gegen die staatlichen Wahlfälschungen bei den DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989. Zeitgleich nahm bei den Kommunalwahlen eine politische Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten ihren Ausgang. Sie ging weit über die bisher bestehenden Oppositionsgruppen hinaus und mündete schließlich in die Friedliche Revolution. Auf dem Höhepunkt der Ausreisewelle im September/Oktober 1989 brach sich in Thüringen der Demokratisierungsprozess Bahn. Dieser entmachtete die orientierungslose, wie gelähmt wirkende SED-Funktionärsschicht. Die zunehmende Schwäche des Regimes spiegelte sich in der wachsenden Stärke der Opposition wider.

Von den bedeutendsten Oppositionsgruppen der DDR konstituierte sich das Neue Forum unter Beteiligung kirchlicher Oppositioneller im September/Oktober in den thüringischen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl. Die programmatische Richtung zielte auf eine Reform hin zu einem »sozialistischen Rechtsstaat« unter Beibehaltung der Zweistaatlichkeit Deutschlands. Die Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch hingegen artikulierte seit Oktober 1988 im thüringischen Raum politische Ziele, die die Führungsrolle der SED mit der Forderung nach Liberalisierung und Gewaltenteilung nach westlichem Muster nachdrücklich infrage stellten.

Die Zuspitzung der innenpolitischen Spannungen und die Massenflucht veranlasste schließlich auch die Kirchenleitungen, ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber dem wankenden, handlungsunfähigen SED-Staat aufzugeben und selbst politische Verantwortung zu übernehmen. Christoph Demke, als Bischof der Kirchenprovinz Sachsen auch für große Teile des thüringischen Raums zuständig, forderte seit August öffentlich Reformen in Staat und Gesellschaft ein. Auch Werner Leich, Landesbischof der thüringischen Landeskirche, solidarisierte sich jetzt öffentlich mit der Oppositionsbewegung. Am 15. Oktober 1989 verteidigte Bischof Leich in einem Hirtenbrief an die Gemeinden das Demonstrationsrecht und rief den SED-Staat zur Gewaltfreiheit auf. Dieser Umschwung der Kirchenleitungen in ihrem Verhältnis zum sozialistischen Staat hatte wiederum Signalwirkung auf



Landesbischof Werner Leich auf der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach vom 15. bis 19. September 1989.

*picture-alliance / epd*

breite Kreise der Bevölkerung und ebnete den Weg zum gemeinsamen politischen Handeln der Kirchen und der Opposition in der Friedlichen Revolution.

Auf den Machtverlust der SED an der Basis verwies im Spätsommer 1989 auch die Politik der einstmals staatstreuen Blockparteien. LDPD und CDU begannen allmählich, der führenden SED die Gefolgschaft aufzukündigen. Unverkennbar wurde dieses Faktum am 10. September 1989 mit dem legendären »Brief aus Weimar«. Mit dieser Erklärung an Mitglieder und Vorstände der Partei grenzten sich vier Thüringer CDU-Mitglieder, die auch im Kirchendienst standen, erstmals öffentlich von der SED-Herrschaft ab. Noch reagierte die Parteileitung unter dem Parteivorsitzenden Gerald Götting mit vehementer Ablehnung auf den Vorschlag der innerparteilichen Opponenten, der eigenen, bislang gleichgeschalteten Blockpartei mehr demokratische Eigenständigkeit verleihen.

Die heutige Thüringer Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit Christine Lieberknecht war Mitverfasserin des »Briefes aus Weimar«. Die Abbildung zeigt Christine Lieberknecht 1991 in ihrem Amt als Thüringer Kultusministerin.

*picture-alliance / ZB*

Friedensgebet in der Johanniskirche in Gera im Oktober 1989.

*Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – BStU (Berlin)*



Im Oktober überschlugen sich dann die Ereignisse in Thüringen. In vielen Städten der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl entpuppten sich die Kirchen als Kristallisationspunkte der Opposition. In den Gotteshäusern versammelte sich die anwachsende Opposition zu Informationsgottesdiensten und Friedensgebeten. Die Zahl der Besucher ging in Städten wie Erfurt oder Suhl in die Tausende. Unter dem Dach der Kirchen propagierten die Menschen einen gewaltfreien Widerstand gegen die SED-Diktatur. Bereits am 30. September hatte dieser von einem Friedensgebet ausgehende Funke in Arnstadt eine erste öffentliche Demonstration ausgelöst. In zahlreichen Städten erwiesen sich die Friedensgebete schließlich als Initialzündung für Großdemonstrationen, an denen z. B. am 26. Oktober 1989 in Erfurt 40.000 oder einen Tag später in Nordhausen 25.000 Menschen teilnahmen.

Die SED konnte ihren Machtverlust nicht mehr aufhalten. Versuche der SED, auf lokaler Ebene wie beispielsweise in Suhl, durch einen Dialog mit den Demonstranten und mit politischen Zugeständnissen die Situation zu entschärfen, verfielen nicht mehr. Im Gegenteil: Prominente Funktionäre wie der Erfurter SED-Chef Gerhard Müller mussten ab November unter dem Druck der Opposition zurücktreten. Zugleich setzte ein rapider Mitgliederschwund der vormals allmächtigen Staatspartei ein.

Die am 9. November 1989 von Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz verkündete Grenzöffnung wurde in Thüringen begeistert aufgenommen. Noch in der Nacht zum 10. November passierten die ersten Menschen aus grenznahen Orten Thüringens die Grenze von Ost nach West. Ab dem 10. November reisten zahllose DDR-Bürger frei in die Bundesrepublik. Rasch wurden neue Grenzübergänge geschaffen – häufig mit Unterstützung aus den westlichen Nachbarländern Niedersachsen, Hessen und Bayern –, um dem gewaltigen Zustrom an Reisenden gerecht zu werden.

Hatte die SED-Führung anfangs noch gehofft, mit dieser »Schleusenlösung« den Druck der Opposition verringern und damit letztlich die eigene Macht erhalten zu können, so bedeutete die Grenzöffnung nicht nur das Ende der SED-Diktatur, sondern läutete das Ende des Staates DDR ein. Die Friedliche Revolution entwickelte seit dem 9. November 1989 zusätzliche Dynamik, da nun die Einheit Deutschlands in den Mittelpunkt der politischen Forderungen der Opposition rückte. Auf den Demonstrationen ersetzte die Bürgerbewegung die Devise »Wir sind das Volk«, mit der man bislang mehr politisches Mitspracherecht von der SED-Führung einforderte, durch das Motto der Wiedervereinigung »Wir sind ein Volk«. Auch Landesbischof Werner Leich setzte sich für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Der Teil der Opposition, der noch für die Zweistaatlichkeit Deutschlands und für eine reformierte sozialistische DDR eintrat, verlor auch in Thüringen rasch an Boden.

In spektakulären Aktionen besetzten Oppositionelle am 4. Dezember das Erfurter Bezirksamt der Staatssicherheit – mittlerweile umbenannt vom belasteten Namen »Ministerium für Staatssicherheit« in »Amt für Nationale Sicherheit« und unterbanden die bereits begonnene Vernichtung von Akten. Noch am selben Tag wurden diverse Kreisdienststellen der Stasi von Bürgerrechtlern besetzt, z. B. in Arnstadt, Eisenach, Gotha und Jena. Am 5. Dezember folgte die friedliche Besetzung des Sühler Bezirksamtes und am 6. Januar schließlich die des Bezirksamtes in Gera.

Links: Besetzung der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Erfurt am 4. Dezember 1989.

Rechts: Versiegelung leerer Aktenschränke in der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Erfurt am 4. Dezember 1989.

(l. u. r.) Stadtmuseum Erfurt







Als Zeichen des stillen Protestes gegen die Staatspartei stellte die Bürgerbewegung am 2. November 1989 Kerzen vor dem Eingang der SED-Bezirksleitung auf.

Stadtarchiv Gera

So wie in Gera demonstrierten die Bürger vor der Grenzöffnung noch vorrangig für politische Reformen in der DDR.

Stadtarchiv Gera







Zwischen Philippsthal und Vacha wurde bereits in der Nacht zum 12. November 1989 unter großer Begeisterung auf beiden Seiten der Grenze mit dem Abriss der Grenzbefestigungen begonnen.

Privat



In dieser Phase des Machtzerfalls der SED und des Übergangs zur parlamentarischen Demokratie bildeten sich auch in Thüringen die Runden Tische. Diese neue Form einer demokratischen Streitkultur nahm ihren Ausgang vom Zentralen Runden Tisch in Berlin, der am 7. Dezember 1989 auf Druck der Bürgerbewegung entstand. Als machtpolitische Gegenstücke zur SED bildeten sich Runde Tische auch auf den politischen Ebenen der Bezirke, Kreise und Städte, teilweise bis in die Gemeinden hinein. Auch in Thüringen fanden sich an den Runden Tischen die Vertreter der Oppositionsgruppen mit denen der in der Volkskammer vertretenen Parteien zusammen. Eine Besonderheit war hier allerdings die starke Position der Kirchen, deren Vertreter die Runden Tische zumeist moderierten und sich bei der Entscheidungsfindung einbrachten.

Im Januar 1990 zeichneten sich die neuen und zukünftigen politischen Strukturen einer parlamentarischen Demokratie in Thüringen bereits deutlich ab. Die bürgerlich-konservative Ost-CDU und die liberale LDPD hatten sich im Spätherbst aus dem »Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen« der DDR, in dem über 40 Jahre lang die SED tonangebend gewesen war, herausgelöst. Beide ehemaligen Blockparteien erneuerten sich seit der Grenzöffnung demokratisch in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den bundesdeutschen Parteien CDU und FDP. Vor allem die hessischen Landesverbände der CDU und der FDP leisteten umfangreiche Aufbauhilfe personeller und materieller Natur bei ihren Schwesterparteien in Thüringen. Im Januar 1990 konstituierten sich thüringische Landesverbände der Ost-CDU und der LDPD (in der DDR). Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP), die im Oktober 1989 in Schwante



Runder Tisch der Stadt Gera im Januar 1990.



Nach der Grenzöffnung wandelte sich die politische Stoßrichtung der Bürgerproteste auch in Gera in Richtung Wiedervereinigung.

(l. u. r.) Stadtarchiv Gera

bei Berlin gegründet wurde und seitdem auch allmählich in Thüringen Fuß gefasst hatte, fand Unterstützung bei der bundesdeutschen SPD. Die SPD-Politiker Friedrich Farthmann aus Nordrhein-Westfalen und sein hessischer Genosse Rudi Arndt, vormals hessischer Wirtschafts- und Finanzminister sowie Frankfurter Oberbürgermeister, halfen beim Wiedererstehen der SPD in einem ihrer historischen Stammländer. Am 27. Januar 1990 gründete sich der Landesverband SPD des noch zu gründenden Landes Thüringen. Im selben Monat bildete sich zudem ein Landesverband des Demokratischen Aufbruchs.

Bei den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 – den ersten freien Wahlen der DDR überhaupt – votierte die deutliche Mehrheit der Bevölkerung von 48,15%, für die bürgerlich konservative »Allianz für Deutschland«, zu der sich die Ost-CDU, der Demokratische Aufbruch und die Deutsche Soziale Union zusammen gefunden hatten und deren zentraler Programmpunkt eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands war. Die parteipolitische Führungsrolle, die die CDU in Thüringen seit dieser Zeit übernahm, verfestigte sich bei den nun freien Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990, die fast auf den Tag genau ein Jahr nach den gefälschten Kommunalwahlen unter der SED-Diktatur stattfanden.

Parallel zum Einigungsprozess auf nationaler Ebene vollzog sich die Neugründung des Landes Thüringen. Die Auflösung des Landes 1952 hatte eine »Thüringen-Identität« innerhalb der Bevölkerung nicht auslöschen können. Die DDR-Verwaltungsbezirke Erfurt, Gera und Suhl waren zudem als Erbe der SED-Diktatur moralisch diskreditiert. Die Neugründung des Landes Thüringen stand



Franz Josef Jung hatte als Generalsekretär der CDU Hessen großen Anteil an der demokratischen Reform der Ost-CDU in Thüringen.

daher über die Grenzen aller demokratischen Parteien und politischen Gruppierungen hinweg außer Frage. Bereits im Januar 1990 erörterten die Runden Tische der drei Thüringer Bezirke ein gemeinsames Gremium auf Landesebene. Die Kirchen in Thüringen bemühten sich um die Wahrnehmung ihrer Vermittlerrolle, als Werner Leich in seiner Funktion als Landesbischof am 18. April 1990 die Bildung eines Runden Tisches für ganz Thüringen vorschlug.

Stattdessen entstand im Mai 1990 auf Vorschlag der Thüringer CDU ein »Politisch-Beratender Ausschuß zur Gründung des Landes Thüringen«, der den politischen Mehrheitsverhältnissen der Volkskammerwahlen vom 18. März und der Kommunalwahlen vom 6. Mai gerecht wurde. Der Vorsitz lag bei der CDU, die zu diesem Zeitpunkt bereits die politisch stärkste Kraft war, der stellvertretende Vorsitz bei der SPD als zweitstärkster Partei. Zwischen dem 16. Mai und dem 21. September 1990 tagte der Ausschuss insgesamt zehnmal und erörterte in Arbeitsgruppen zentrale Fragen wie z. B. über die zukünftige Verwaltungsstruktur und über die künftige Landeshauptstadt Thüringens.

Den Übergang vom Zentralismus der DDR hin zum Föderalismus der Bundesrepublik im thüringischen Raum leiteten die zentralen Maßnahmen zur Änderung der Verwaltungsstruktur unter der letzten DDR-Regierung ein, die nach den Volkskammerwahlen von einer großen Koalition unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) gestellt wurde. Im Mai wurde die kommunale Selbstverwaltung in den Städten und Landkreisen wieder eingeführt. Für die Leitung der Bezirke setzte der DDR-Ministerrat im Juni 1990 Regierungsbevollmächtigte ein, deren Aufgabe u. a. darin bestand, die alten Verwaltungsstrukturen aufzulösen und durch neue zu ersetzen: für Erfurt Josef Ducháč, für Gera Peter Lindlau und für Suhl Werner Ulbrich, alle CDU. Mit Annahme des Ländereinführungsgesetzes durch die DDR-Volkammer am 22. Juli 1990 erhielt das Land Thüringen seine staatsrechtliche Grundlage. Für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Ländereinführungsgesetzes am 14. Oktober 1990 wurde Josef Ducháč zum Landessprecher für Thüringen ernannt, der sich insbesondere des Neuaufbaus der Landesverwaltung annahm.





Der 2004 verstorbene Rudi Arndt half beim Aufbau der thüringischen SPD tatkräftig mit und war als deren ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer tätig.





Josef Duchač, hier am Schreibtisch seines Arbeitszimmers zu Hause, einem Einfamilienhaus am Stadtrand von Gotha, reüssierte 1989/90 binnen weniger Monate zu einem der einflussreichsten thüringischen Landespolitiker.

picture-alliance / ZB


Am 14. Oktober 1990, elf Tage nach dem Vollzug der deutschen Wiedervereinigung, wurde der Freistaat Thüringen formell neu gebildet. Als Siegerin aus diesen ersten Landtagswahlen, die an diesem Tag stattfanden, ging die CDU hervor mit deutlichen 45,5 Prozent, gefolgt von der SPD mit 22,8 Prozent, der Nachfolgepartei der SED, der PDS, mit 9,7 Prozent und der FDP mit 9,3 Prozent. Der Thüringer Landtag konstituierte sich am 25. Oktober 1990 im Weimarer Nationaltheater und wählte am 8. November 1990 Josef Duchač zum Ministerpräsidenten einer CDU-FDP-Koalition. Mit diesem Amt erreichte Josef Duchač – geboren 1938, 1957 der CDU in der DDR beigetreten – den Zenit seiner steilen Politikerkarriere. Während der Friedlichen Revolution in Thüringen stieg er vom Kreisvorsitzenden der Blockpartei CDU in Gotha auf bis in das höchste Regierungsamt in Thüringen. Am 10. Januar 1991 entschied sich der Landtag mit großer Mehrheit für Erfurt als Landeshauptstadt. Parlament und Regierung Thüringens arbeiteten zunächst auf der Grundlage eines provisorischen Staatsgrundgesetzes, das bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung im Oktober 1993 auf einer feierlichen Sitzung des Landtages auf der Wartburg bei Eisenach in Kraft blieb. Mit der Annahme dieser neuen Landesverfassung firmierte das Land als »Freistaat Thüringen«.

*Bereits 80 Jahre vor der Gründung des heutigen Freistaates Thüringen hatte die Kleinstaaterie im thüringischen Raum mit Gründung eines Landes Thüringen 1920 geendet. Die Vereinigung der einzelnen Fürstentümer hatte die Jahrhunderte währende Zersplitterung Thüringens beseitigt. Pläne dazu hatte bereits die Bewegung von 1848 aufgegriffen. Ihre Realisierung fanden sie jedoch erst, nachdem die thüringischen Monarchen im November 1918 abgedankt hatten. In der Folge bildeten sich in den Einzelstaaten Arbeiter- und Soldatenräte, die sozialistische Regierungen stellten. Ab Dezember kam es zu Verhandlungen über den Zusammenschluss der thüringischen Staaten. Lief die Revolution zumeist friedlich ab, kam es im Freistaat Sachsen-Gotha dagegen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Nach den Wahlen im Februar 1919 bildete sich unter Führung der von der SPD abgespaltenen USPD eine radikale Linksregierung. Diese rief im März 1920 aufgrund des Putschversuchs rechtsgerichteter Militärs (»Kapp-Putsch«) zum Generalstreik auf, woraufhin Gotha Hauptangriffsziel von Reichswehreinheiten wurde. Der Generalstreik hielt jedoch auch nach Scheitern des Umsturzversuchs an. Daraufhin ließ die Reichsregierung der im August 1919 in Weimar gegründeten ersten deutschen Republik eine Streitmacht in Sachsen-Gotha einmarschieren und die Regierung absetzen. Gotha wurde in das am 1. Mai 1920 gebildete Land Thüringen integriert, dem lediglich der Freistaat Coburg fernblieb. Dieser vereinigte sich stattdessen mit dem Freistaat Bayern. Der Landtag verabschiedete die Verfassung schließlich am 11. März 1921. Landeshauptstadt wurde Weimar, das zuvor schon als Sitz der deutschen Nationalversammlung fungierte.*

Das Kabinett Duchač nach seiner Vereidigung v.l. Minister für Justiz sowie Bundes- und Europaangelegenheiten Jentsch (CDU), Innenminister Böck (CDU), Minister für Umwelt und Landesplanung Sieckmann (FDP), Stellvertreter des Ministerpräsidenten Fickel (FDP), Minister für Soziales und Gesundheit Axthelm (CDU), Finanzminister Zeh (CDU), Kultusministerin Lieberknecht (CDU), Minister für Landwirtschaft und Forsten Sklenar (CDU), Minister für Wirtschaft und Technik Schultz (FDP), Minister für besondere Aufgaben Jochen Lengemann (CDU), Ministerpräsident Duchač (CDU).

Thüringer Staatskanzlei



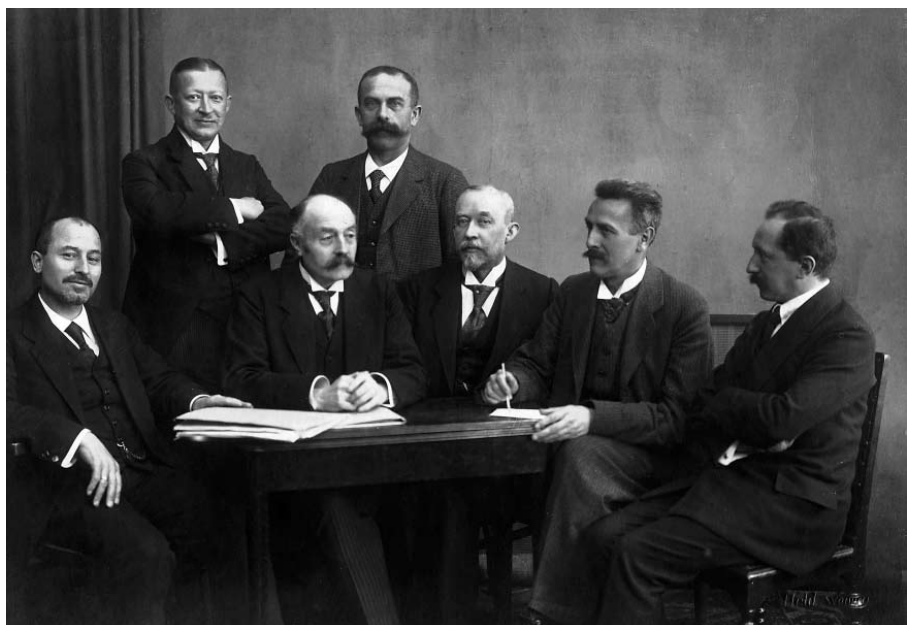
 <b>Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Thüringen</b>		
1993	Ausgegeben zu Erfurt, den 29. Oktober 1993	Nr. 30
Inhalt		Seite
25.10.1993 Verfassung des Freistaats Thüringen .....		625
<b>Verfassung des Freistaats Thüringen Vom 25. Oktober 1993</b>		
<b>Inhaltsübersicht</b>		
<b>Präambel</b>		<b>Sechster Abschnitt Die Rechtspflege Artikel 86 bis 89</b>
<b>Erster Teil Grundrechte, Staatsziele und Ordnung des Gemeinschaftslebens Artikel 1 bis 43</b>		<b>Siebter Abschnitt Die Verwaltung Artikel 90 bis 97</b>
<b>Erster Abschnitt Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit Artikel 1 bis 16</b>		<b>Achter Abschnitt Das Finanzwesen Artikel 98 bis 103</b>
<b>Zweiter Abschnitt Ehe und Familie Artikel 17 bis 19</b>		<b>Dritter Teil Übergangs- und Schlußbestimmungen Artikel 104 bis 106</b>
<b>Dritter Abschnitt Bildung und Kultur Artikel 20 bis 30</b>		Der Thüringer Landtag hat mit der nach Artikel 106 Abs. 1 dieser Verfassung vorgesehenen Mehrheit das folgende Gesetz be- schlossen:
<b>Vierter Abschnitt Natur und Umwelt Artikel 31 bis 33</b>		<b>Präambel</b>
<b>Fünfter Abschnitt Eigentum, Wirtschaft und Arbeit Artikel 34 bis 38</b>		In dem Bewußtsein des kulturellen Reichtums und der Schönheit des Landes, seiner wechselvollen Geschichte, der leidvollen Erfahrungen mit überstandenen Diktaturen und des Erfolges der friedlichen Veränderungen im Herbst 1989,
<b>Sechster Abschnitt Religion und Weltanschauung Artikel 39 bis 41</b>		in dem Willen, Freiheit und Würde des einzelnen zu achten, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen, der Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht zu werden, inneren wie äußeren Frieden zu fördern, die demokratisch verfallene Rechts- ordnung zu erhalten und Treueschwur in Europa und der Welt zu überwinden,
<b>Siebter Abschnitt Gemeinsame Bestimmungen für alle Grundrechte und Staatsziele Artikel 42 und 43</b>		gibt sich das Volk des Freistaats Thüringen in freier Selbstbe- stimmung und auch in Verantwortung vor Gott diese Verfas- sung.
<b>Zweiter Teil Der Freistaat Thüringen Artikel 44 bis 103</b>		<b>Erster Teil Grundrechte, Staatsziele und Ordnung des Gemein- schaftslebens</b>
<b>Erster Abschnitt Grundlagen Artikel 44 bis 47</b>		<b>Erster Abschnitt Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit</b>
<b>Zweiter Abschnitt Der Landtag Artikel 48 bis 59</b>		<b>Artikel 1</b>
<b>Dritter Abschnitt Die Landesregierung Artikel 70 bis 78</b>		(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie auch im Sterben zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
<b>Vierter Abschnitt Der Verfassungsgerichtshof Artikel 79 und 80</b>		
<b>Fünfter Abschnitt Die Gesetzgebung Artikel 81 bis 85</b>		

Verfassung des Freistaates Thüringen  
vom 25. Oktober 1993.

Thüringisches Hauptstaatsarchiv

Das erste Staatsministerium des 1920  
geeinten Thüringen: stehend v.l.  
v. Brandenstein, Hartmann; sitzend v.l.  
Frölich, Paulssen, Bielfeld, Krüger.

Fotoatelier Louis Held, Weimar



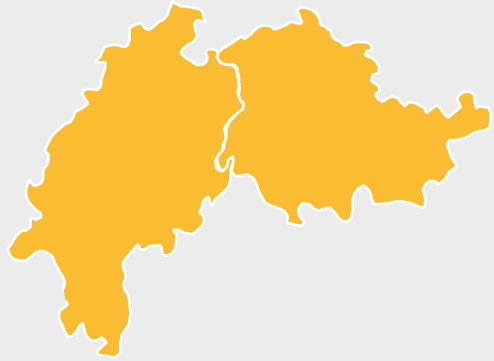
DDR-Übersiedler bei der Anmeldung in der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Hessen in Gießen. Etwa 900 DDR-Bürger, die in der bundesdeutschen Botschaft in Prag Zuflucht gesucht hatten, trafen am 1. Oktober 1989 mit einem Sonderzug in Gießen ein.

*picture-alliance / dpa*





## 4. HESSENS HILFE FÜR THÜRINGEN



Noch vor der Öffnung der Grenze machte sich der politische Umbruch in der DDR auch in Hessen deutlich bemerkbar. Hessen war aufgrund seiner Lage an der innerdeutschen Grenze von der Ausreisewelle und der Massenflucht aus der DDR während des Sommers 1989 unmittelbar betroffen. Von den 225.000 Übersiedlern, Ungarn- und Botschaftsflüchtlingen, die vom Frühjahr 1989 bis zur Grenzöffnung der DDR den Rücken kehrten, kamen zahlreiche Personen mit Hessen in Berührung. Vor allem auf »legalem« Weg per Ausreiseverfahren verließen im August/September 1989 täglich zwischen 400 und 500 Personen die DDR; bis 14. September wurden rund 69.000 Übersiedler registriert. Diese Übersiedler durchliefen zunächst die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen (ZAH) in Gießen, die 1946 als Durchgangslager für Vertriebene und Flüchtlinge eingerichtet worden war. Ursprünglich für 500 Personen ausgelegt, musste im ZAH ein Andrang von bis zu 2.500 Personen bewältigt werden. Um dem Zustrom gerecht zu werden, wurden in Hessen zahlreiche Übergangswohnheime und Ausweichquartiere geschaffen.

Am 20. September 1989 befasste sich der Hessische Landtag in einer Debatte über die »Lage der Aus- und Übersiedler« mit dieser zugespitzten Situation. Ministerpräsident Walter Wallmann machte in seiner Regierungserklärung deutlich, dass »die Hoffnungslosigkeit, die Verweigerung elementarer Menschenrechte im real existierenden Sozialismus« die Menschen zur Flucht und Übersiedlung bewegt hatte. Dieser sah in der Einleitung überfälliger Reformen in der DDR selbst die Voraussetzung für die Beseitigung der Ursachen dieses Massenexodus. Zugleich machte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich, dass das Land Hessen niemanden zurückweisen und jeden Ostdeutschen aufnehmen würde.

Dass sich keine zwei Monate nach dieser Landtagsdebatte schließlich die Grenze öffnete, kam auch für die politisch Verantwortlichen in Hessen überraschend. Auf fassungsloses Staunen und überschwängliche Freude folgten rasch beherztes Engagement für den östlichen Nachbarn. In Hessen besann man sich sogleich der über Jahrhunderte gewachsenen historischen Verbindung zu Thüringen und zeigte sich solidarisch.



Hessische Bürger, unter ihnen Ministerpräsident Wallmann, CDU-Generalsekretär Jung und Innenminister Milde (3.–5. v. l.) begrüßen nach der Grenzöffnung DDR-Bürger.

Privat



Die Wartburg bei Eisenach.  
Thüringisches Hauptstaatsarchiv



Landgraf Philipp von Hessen (1504–1567).

Hessisches Staatsarchiv Marburg

*Ein zentraler Aspekt dieser gemeinsamen historischen Identität von Hessen und Thüringen besteht in der Reformation. Im Jahre 1517 nahm der Mönch Martin Luther Stellung gegen den von der katholischen Kirche praktizierten Ablasshandel. Die Wellen, die Luthers Kritik an der Kirche auch politisch schlugen, erfassten schon bald Hessen und Thüringen. Als Ketzer verfolgt, nahm ihn sein Landesherr Kurfürst Friedrich III. von Sachsen (1463–1525) in Schutz und ließ ihn auf der thüringischen Wartburg verstecken. Mit diesem Schutzpatron verbündete sich 1526 nach einigem Zögern der zuvor zum protestantischen Glauben konvertierte Landgraf Philipp von Hessen. Seit 1519 war es bereits zu Eheverbindungen zwischen der Landgrafschaft und den beiden wettinischen Linien gekommen. Nun folgte in enger Absprache die Durchsetzung der Reformation in den Territorien. So hielt man etwa in Marburg eine Disputation reformatorischer Lehrinhalte ab, Klöster wurden aufgelöst und einer neuen Aufgabe zugeführt. In Thüringen fand 1527 die Gründung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche statt, deren Landesbischof der Kurfürst war. Der unausweichliche Konflikt mit der katholischen Reichsgewalt, die an der Ächtung Luthers festhielt, ließ die beiden Herrscherhäuser noch näher zusammenrücken: Unter Führung Kursachsens und Hessens schlossen sich 1531 mehrere Fürsten, Grafen und Städte im Schmalkaldischen Bund zusammen. Nach dem Tod Luthers 1546 erließ Karl V. gegen Landgraf Philipp und Kurfürst Johann Friedrich I. (1503–1554) die Reichsacht, die in den Schmalkaldischen Krieg mündete. Nach der entscheidenden Schlacht bei Mühlberg mussten die beiden protestantischen Fürsten am 24. April 1547 kapitulieren. Zwangsmaßnahmen, die Bevölkerung in den beiden Territorien wieder dem katholischen Glauben zuzuführen, scheiterten aber am Widerstand der Bevölkerung. Die Niederlage des hessischen Landgrafen und des sächsischen Kurfürsten war mit weit reichenden politischen Folgen verbunden: Die sächsische Kurwürde ging von den Ernestinern zusammen mit Teilen der thüringischen Besitzungen über an die albertinische Linie. Landgraf Philipp blieb zwar von territorialen Einbußen verschont, musste aber bis 1552 in Gefangenschaft bleiben, bevor er weitere 15 Jahre regieren konnte.*

# Hessen will Thüringen mit einer viertel Milliarde DM unterstützen

Darüber hinaus 500 Millionen DM Bürgschaften für Polen und die DDR

WIESBADEN (LH) Die Landesregierung hat ein „Soforthilfeprogramm zur Verbesserung der Situation im humanitären Bereich in Thüringen“ im Umfang von einer viertel Milliarde DM beschlossen. Im Doppelhaushalt des Landes sollen dafür 1990 und 1991 jeweils 50 Millionen DM bereitgestellt werden. 150 Millionen DM sollen als sogenannte Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 1992 bis 1994 zur Verfügung stehen.

Ministerpräsident Wallmann, Finanzminister Kanther und die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP im Landtag, Nassauer und Wilke, berichteten, die finanzielle Hilfe des Landes sei insbesondere für Projekte im Gesundheitswesen und im Umweltschutz sowie für den Ausbau von Verkehrswegen und die Denkmalpflege gedacht. Die Hilfsmaßnahmen seien Ergebnis von Sondierungsgesprächen führender CDU- und FDP-Politiker in Ost-Berlin, Kassel und Thüringen.

Hessen will außerdem Bürgschaften von insgesamt 500 Millionen DM für die Zusammenarbeit hessischer Firmen mit kleinen und mittleren Betrieben in Thüringen und in Polen übernehmen. Die Voraussetzungen sollten frühestmöglich in einem Nachtragshaushalt geregelt werden, erklärten die Sprecher von CDU und

FDP. Geplante Projekte müßten in die wirtschaftsrechtliche Entwicklung in der DDR sowie in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und Polen eingepaßt werden.

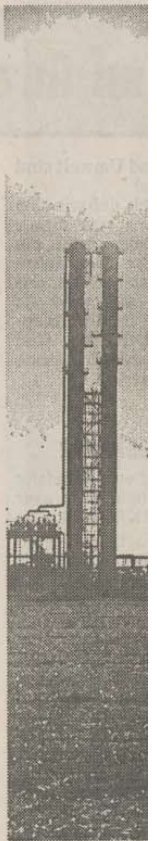
Die Landesregierung hat ferner eine Arbeitsgruppe gebildet, die in direkten Verhandlungen mit den Verantwortlichen in den drei thüringischen Bezirken Erfurt, Suhl und Gera konkrete Projekte absprechen soll. Ihr gehören der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Gauland, und die Staatssekretäre Demke (Finanzen) und Posch (Wirtschaft) an. Hessen erwarte, daß diese Gespräche „nicht unter Ausschluss der Reformgruppen in der DDR geführt werden“, sagte Wallmann. Die SED sei „in völliger Auflösung, ich habe deshalb nicht die geringste Sorge, daß das hessische Angebot die SED stabilisiert“, fügte er hinzu.

Der Regierungschef mahnte, „angesichts der dramatischen Veränderungen und der sich überschlagenden Ereignisse in der DDR die gebotene Behutsamkeit und Besonnenheit zu bewahren“. Die Geschehnisse im anderen deutschen Staat dürften „nicht durch Überschwang gefährdet werden“. Das Gipfeltreffen von Malta habe erneut deutlich gemacht, daß die deutsche Frage eine europäische Frage und eine Frage

der Siegermächte sei. Die Möglichkeiten einer Hilfe in Thüringen sehe Hessen wegen der langen geschichtlichen Gemeinsamkeit beider Regionen auch als Verpflichtung an.

Die Landtagsopposition begrüßte in ersten Stellungnahmen das Aktionsprogramm. Nach Ansicht des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Starzacher, reichen 50 Millionen DM jährlich allerdings nicht aus, um den Bedarf Thüringens allein an Hilfen für Projekte des Nahverkehrs und des Umweltschutzes zu bedienen. Die Fraktion, die darüber gestern in Eisenach mit verantwortlichen Politikern der DDR sprach, befürwortete „wesentlich größere Beträge“.

Die geplanten Bürgschaften des Landes für private Initiativen der Wirtschaft begrüßte Starzacher als Möglichkeit, Investitionen in Thüringen ökonomisch abzusichern. Die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Angela Korwisi, bewertete das Aktionsprogramm als schnelle Resonanz auf Forderungen der Landesmitgliederversammlung ihrer Partei nach Hilfen für einen ökologischen Umbau in der DDR und die Verbesserung der dortigen Lebensverhältnisse. Ihre Fraktion wolle die Vorschläge der Landesregierung „gegebenenfalls inhaltlich ergänzen“.



Die geschleifte Ca

Berichterstattung des Wiesbadener Kuriers vom 6. Dezember 1989 zum Aktionsprogramm Hessen-Thüringen.

Die SED war noch nicht entmachtet und das Land Thüringen noch nicht wieder hergestellt, da begann die hessische »Thüringen-Hilfe«, die bereits im Dezember 1989 finanziell abgesichert wurde. Am 5. Dezember 1989 verabschiedete die Hessische Landesregierung das »Aktionsprogramm Hessen-Thüringen«, am 8. Februar 1990 stimmte der Hessische Landtag diesem Vorhaben zu. Mit diesem Hilfsprogramm stellte Hessen seinem Nachbarland über fünf Haushaltsjahre hinweg jeweils 50 Millionen DM, also insgesamt 250 Millionen DM, zur Verfügung. Die Gelder sollten für eine rasch spürbare humanitäre Unterstützung in Thüringen eingesetzt werden; auch um den Menschen dort neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben und sie zum Bleiben zu bewegen. Der Schwerpunkt lag auf Infrastrukturmaßnahmen in Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehrswesen und Denkmalpflege. Auch sollten private Kleinunternehmen gefördert werden, um den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in Thüringen zu unterstützen. Zur Umsetzung des Hilfsprogramms vor Ort wurden insgesamt 2 Millionen DM zum Aufbau eines »Thüringen-Büros« zur Verfügung gestellt. Die hessische Initiative setzte sehr viel früher ein als Unterstützungsprogramme anderer Länder für Thüringen. Sie war besonders in dieser Phase des Umbruchs von großer Bedeutung, da es formell noch kein »Land Thüringen« mit eigenem Haushalt gab und auch Förderleistungen des Bundes noch nicht greifen konnten.

Das Aktionsprogramm fiel in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl sogleich auf fruchtbaren Boden. Bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Soforthilfeprogramms richteten zahlreiche Privatpersonen, aber auch Bürgermeister oder öffentliche Einrichtungen Hilfesuche an den hessischen Ministerpräsidenten. Für eine schnelle, unbürokratische Hilfe stellte die Landesregierung 3 Millionen DM zur Verfügung. Bei der Planung und Durchführung der eigentlichen Förder-



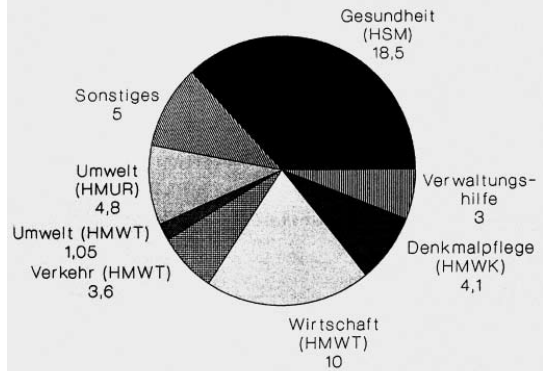
maßnahmen stand die hessische Seite in dieser Phase des politischen Umbruchs allerdings vor dem Problem, dass die alten Machtstrukturen der SED-Herrschaft noch nicht beseitigt waren. Um einerseits der Bevölkerung vor Ort zu helfen, aber andererseits nicht das alte System der DDR mit hessischen Fördermitteln zu stabilisieren, suchte die Landesregierung den Kontakt zu den politischen Reformkräften. Ansprechpartner waren hier die »Runden Tische«, an denen die Vertreter der unterschiedlichen politischen Richtungen der Bürgerrechtsbewegung zusammen gekommen waren. So stellte der hessische Finanzminister Manfred Kanther im Januar 1990 das hessische Aktionsprogramm beim Runden Tisch des Bezirks Erfurt vor. Dort wurde vereinbart, bis zur Bildung demokratischer Strukturen alle hessischen Fördermaßnahmen mit den Runden Tischen der drei Bezirke Erfurt, Gera und Suhl abzustimmen.

Auf hessischer Seite koordinierte unter der Federführung der Hessischen Staatskanzlei die »Staatssekretärs-Kommission Hessen-Thüringen« mit den Staatssekretären aus den fachlich zuständigen Ministerien Soziales, Umwelt- und Reaktorsicherheit, Wirtschaft und Technik sowie Wissenschaft und Kunst die Hilfsprojekte für Thüringen. Als Koordinations- und Kontaktstelle zur Umsetzung des Aktionsprogramms vor Ort wurde das »Thüringen-Büro des Landes Hessen« in Erfurt eingerichtet. Wolfgang Egerter, seinerzeit Persönlicher Referent des Hessischen Ministerpräsidenten Wallmann, erhielt im Januar 1990 von diesem den Auftrag, ein hessisches Informationsbüro in Erfurt aufzubauen. Bis zu seiner Auflösung im Spätherbst 1990 leistete dieses Informationsbüro wertvolle Arbeit bei der Umsetzung des Aktionsprogramms. Darüber hinaus vermittelte es vielfältige Kontakte und unterstützte durch die Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung den Aufbau einer demokratischen Kultur in Thüringen. Das hessische Informationsbüro war in dieser Phase des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs ein wichtiges Beratungs- und Serviceangebot, auf das viele Rat suchende Bürger der DDR dankbar zurückgriffen.

Die vom hessischen Aktionsprogramm finanzierten Maßnahmen sollten mit dafür sorgen, die Lebensverhältnisse der Menschen in Thüringen auf kurze Zeit deutlich spürbar zu verbessern. Daher lag der Schwerpunkt auf dem Gesundheitswesen. Hier hatte der wirtschaftliche Niedergang der DDR zu verheerenden Auswirkungen geführt. Das Gesundheitswesen im thüringischen Raum befand sich zur Zeit der Wende in einem desolaten Zustand; in materieller Hinsicht bestand ein eklatanter Mangel von einfachem medizinischem Verbrauchsmaterial bis hin zu technisch aufwendigen Geräten. Zudem befanden sich zahlreiche Krankenhäuser und Kliniken in einem baulich bedenklichen Zustand. Verschärft wurden diese Verhältnisse durch die Abwanderung medizinischen Personals – Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger – in die Bundesrepublik. Bereits im Dezember 1989 liefen im Hessischen Sozialministerium die Planungen an, um die medizinische Grundversorgung mit Verbrauchsgütern und medizinischem Gerät wieder herzustellen. Noch im selben Monat wurden die ersten Hilfsgüter in Thüringen verteilt. Bis zum Ende des Jahres 1990 zahlte das Land Hessen über 20 Millionen DM für die Finanzierung von Ausstattungs- und Investitionsmaßnahmen in thüringischen Gesundheits-, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

## Aktionsprogramm Hessen-Thüringen nach Aktionsfeldern (in Mio DM)

1990



Rückflüsse aus dem Teil Wirtschaft werden erneut für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in der DDR und für Hilfen im Gesundheitswesen eingesetzt.

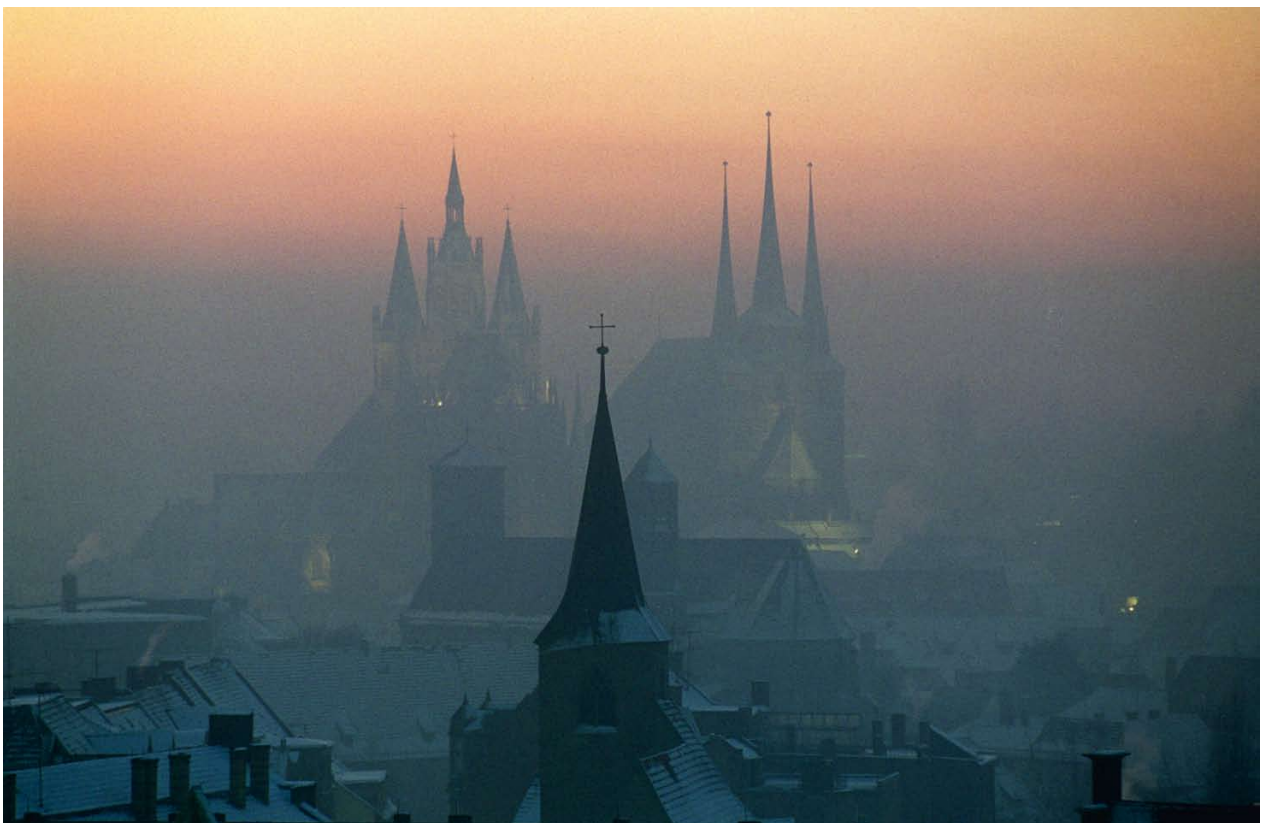
HMWT - Ib3 - 24.8.1990

Verteilung der Ausgaben im Rahmen des hessischen Aktionsprogrammes 1990.

Auch der Umweltschutz wurde im Rahmen des Aktionsprogramms stark gefördert. Die katastrophale Verschmutzung vor allem von Luft und Wasser waren in Thüringen allgegenwärtig, als die Hessische Landesregierung mit ihrem Aktionsprogramm eine spürbare Verbesserung der Umweltbedingungen einleitete. Unter Einbindung der politischen Opposition führte das auf hessischer Seite zuständige Ministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit Projekte und Maßnahmen bei der Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft und Luftreinhaltung in einem Umfang von rund 4,8 Millionen DM durch.

Insbesondere während der kalten Jahreszeit bestand in den thüringischen Städten erhebliche Luftverschmutzung wie auf diesem Bild von Erfurt im Wintersmog vom Februar 1993. Links zu sehen die Schemen des Erfurter Doms, rechts die Umriss der Severikirche.

picture-alliance / ZB





Einen Eindruck vom Erhaltungszustand der Erfurter Altstadt vor der Wende bietet die Abbildung der Weißen Gasse vom Januar 1989.

Stadtarchiv Erfurt

Rund 5 Millionen DM stellte das Aktionsprogramm im Bereich Denkmalpflege für die Rettung akut gefährdeter historischer Bauten zur Verfügung. In einem wegweisenden Gutachten für das bei der Denkmalpflege zuständige Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst drängte der Landeskonservator Prof. Gottfried Kiesow darauf, die Förderung auf die in ihrer Substanz bedrohten historischen Stadtzentren zu legen. Statt repräsentative Gebäude wie Burgen oder Kirchen aufwendig zu sanieren, sollte auf möglichst breiter Ebene historische Bausubstanz für Wohnzwecke in ihrem Bestand gesichert werden. Dass sich die hessische Hilfe zuvorderst auf das Andreasviertel in Erfurt konzentrierte, hatte einen hohen symbolischen Wert für die politische Opposition in der DDR. Dieses frühere Handwerkerviertel, das in einem der ältesten Teile der Erfurter Altstadt liegt, hätte nach den städtebaulichen Planungen der SED eigentlich einem mehrspurigen Straßenring weichen sollen. Gegen diese Abrisspläne hatte sich eine oppositionelle Arbeitsgemeinschaft unter dem Dach der evangelischen Kirche seit 1987 zur Wehr gesetzt. Noch im Januar 1990 wurden auf Geheiß der Erfurter SED-Führung Häuser dieses Viertels abgerissen. So war die rasche denkmalpflegerische Hilfe Hessens für das bedrohte Andreasviertel zugleich ein Signal gegen den Verfall und Abbruch historischer Bausubstanz in Thüringen. Mit Zustimmung des Runden Tisches in Erfurt setzte im März 1990 ein Pilotprojekt zur Sanierung einer Häuserzeile am Domplatz in Erfurt ein. In einer Anschlussphase sicherte das

Der Widerstand gegen den Abriss des Andreasviertels gipfelte in der Ausstellung »Erfurt – Stadt am Kreuzweg« vom Juni/Juli 1988, die als Teil der Offenen Arbeit der Landeskirche in der Erfurter Michaeliskirche zu sehen war.

Stadtarchiv Erfurt







Sanierungsarbeiten in der Andreasstraße im März 1990.  
*Stadtarchiv Erfurt*



Sanierung des Fachwerkensembles »Güldener Krönbacken« ab 1991.  
*Stadtarchiv Erfurt*

Aktionsprogramm die aus mittelalterlichen Fachwerkhäusern bestehende Anlage »Güldener Krönbacken« in ihrem Bestand. Im selben Jahr wurde die »Hessenhilfe« im Bereich der Denkmalpflege auf die Städte Eisenach, Mühlhausen, Schmalkalden und Weimar ausgedehnt. In Großburschla, unmittelbar auf thüringischer Seite der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegen, half das Aktionsprogramm bei der Dorferneuerung. Als ab 1991 das wieder gegründete Land Thüringen mit eigenen Haushaltsmitteln und der Bund mit einem milliardenschweren Sofortprogramm bei der Stadt- und Dorfsanierung auf den Plan traten, konnte sich das Land Hessen aus diesem Bereich zurückziehen. Gleichwohl hatte Hessen bei der Denkmalpflege die Weichen für die Zukunft gestellt; die hessischen Maßnahmen aus dem Jahre 1990 besaßen langfristig Vorbildcharakter in Thüringen.

Zustand des Fachwerkensembles »Güldener Krönbacken« nach der Sanierung.  
*Kulturhof »Zum Güldenem Krönbacken«*





Die offene Grenze in Philippsthal im Januar 1990.

Privat

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Thüringen, vor allem aber zwischen Hessen und den angrenzenden DDR-Bezirken Suhl und Erfurt hatte nach der Öffnung der Grenze hohe Priorität. Seit dem 9. November 1989 setzte mit täglich zwischen 100.000 bis 500.000 Besuchern ein Massenansturm der DDR-Bevölkerung nach Hessen ein. Binnen drei Tagen nach der Grenzöffnung wurden auf diesem Grenzabschnitt vier neue Übergangsstellen eingerichtet; bis Weihnachten dieses Jahres stieg deren Anzahl auf 32. Zahlreiche dieser Kontrollstellen hatten anfangs einen provisorischen Charakter und waren nur für Fußgänger passierbar. Um die Anzahl der grenzüberschreitenden Straßenverbindungen rasch zu erhöhen, wurde dem für das Verkehrswesen zuständige Wirtschaftsministerium Hessens 3,6 Millionen DM aus dem Hilfsfonds zugewiesen. Mit diesen Mitteln sollten die seit Beginn des Kalten Krieges unterbrochenen Straßenverbindungen bis in das thüringische Gebiet hinein wiederhergestellt werden. Noch im Dezember begann die hessische Seite in Abstimmung mit den DDR-Behörden die Vorarbeiten zur Öffnung der Grenzübergänge Philippsthal-Röhrigshof/Unterbreizbach und Heringen-Kleinensee/Großensee. Bis Ende 1990 wurden schließlich 13 grenzüberschreitende Straßenbauprojekte durchgeführt, wodurch die Landesgrenze zwischen Hessen und Thüringen allmählich wieder ihre alte Durchlässigkeit erhielt.

Der hinsichtlich der Gesamtkosten größte Aspekt des hessischen Aktionsprogramms mit geschätzten 270 Millionen DM zwischen 1989 und 1993 war die Verwaltungs- und Justizhilfe für Thüringen. Den erheblichen Investitionsbedarf in allen gesellschaftlichen Bereichen deckte das Land Thüringen ab 1990/91 weitestgehend bereits durch eigene Haushaltsmittel und Fördergelder des Bundes ab. Dennoch bestand noch längere Zeit ein großer Bedarf an qualifiziertem und erfahrenem Verwaltungs- und Justizpersonal. Denn seit dem Zusammenbruch des SED-Staates und dem begonnenen Einigungsprozess waren auch in Thüringen neue demokratische und rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen erforderlich geworden. Die zentralistische Verwaltungsgliederung der DDR musste aufgelöst und an ihre Stelle die dezentrale föderalistische der Bundesrepublik gesetzt werden. Zugleich musste ein neues Rechtssystem aufgebaut werden, das nicht mehr wie in der DDR der Durchsetzung des »Klassenstandpunktes« diente, sondern demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien gehorchte. Dieser Aufbau der Verwaltung und Justiz musste vorrangig durch die »Altländer« geleistet werden, da nur sie – und nicht der Bund – über das erforderliche Personal für die Aufgaben einer Landesverwaltung verfügten. Bereits im März 1990, noch vor den freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, begann die Hessische Landesregierung daher



(l.) Bernhard Vogel (CDU), zwischen 1992 und 2003 Ministerpräsident des Freistaates Thüringen und (r.) Hans Eichel (SPD), zwischen 1991 und 1999 hessischer Ministerpräsident, führten das unter ihren Amtsvorgängern begonnene Aktionsprogramm Hessen-Thüringen mit großem Einvernehmen und über die Parteigrenzen hinweg fort. Hier 1992 bei der Eröffnung der Landesausstellung »Hessen-Thüringen« in Marburg.

mit Planungen zur Unterstützung des »wiedererstehenden Landes« beim Aufbau einer rechtsstaatlichen und leistungsfähigen Verwaltung und Gerichtsbarkeit. Die »Verwaltungshilfe für Thüringen« sollte insbesondere die Fach- und Rechtsberatung, den Erfahrungsaustausch, Aus- und Fortbildungshilfe, die technische Hilfe und Zusammenarbeit zwischen Behörden und Einrichtungen sowie schließlich die Entsendung und den Austausch von Verwaltungsfachleuten umfassen. Ein längerer Einsatz von Landesbediensteten in Thüringen, zum Teil auf freiwilliger Basis, zum Teil auch durch Zuweisung oder auch durch die Reaktivierung von Pensionären, galt von Beginn an als unumgänglich.

Für Vergütungen, Aufwandsentschädigungen und Reisekosten im Rahmen der Verwaltungshilfe hatte das Aktionsprogramm 1990 als eine erste »Anschubfinanzierung« 3 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Zudem unterstützten viele hessische Behörden während der Wende-Zeit die Verwaltungen in den thüringischen Bezirken und Landkreisen auf dem »kurzen Dienstweg« mit dringend benötigtem Büromaterial. Die Kreise und Gemeinden konnten bereits bei der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung im Mai 1990 mit dem Neuaufbau der Verwaltung beginnen. Die erste Landesregierung Thüringens stand dagegen nach ihrer Ernennung am 8. November 1990 noch weitgehend ohne den erforderlichen Unterbau dar. So bestand beispielsweise das Thüringer Justizministerium aus sieben Personen einschließlich des Ministers. Als »Aufbauhelfer im Kabinettsrang« gingen Prof. Hans-Joachim Jentsch für die Ressorts Justiz sowie Bundes- und Europaangelegenheiten und Jochen Lengemann als Staatsminister für besondere Aufgaben in der Thüringer Staatskanzlei 1990 nach Erfurt.

Noch 1990 einigten sich die Ministerpräsidenten Duhač und Wallmann darauf, den Schwerpunkt des Aktionsprogramms schrittweise auf die Verwaltungshilfe zu verlagern. 1992, im Jahre 3 des Aktionsprogramms, bestand dieses bereits zu 80 % aus der Verwaltungs- und Justizhilfe in Form von Abordnungen und Dienstreisen, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Hospitationen sowie Sachkosten. Ihren Höhepunkt erreichte die hessische Verwaltungshilfe für Thüringen im April 1992 mit 681 abgeordneten Bediensteten gegenüber 104 im Dezember 1990. Seit 1993 war die Anzahl der Abordnungen dann stark rückläufig; die hessische »Hilfe zur Selbsthilfe« hatte gegriffen.





Ministerpräsident Duchač mit seinen beiden hessischen Aufbauhelfern Wolfgang Egerter (Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, 2. v.l.) sowie Hans-Joachim Jentsch (Minister für Justiz sowie Bundes- und Europaangelegenheiten, 3. v.l.) beim Sommerfest der Ländervertretungen in Berlin 1991.

Privat

Vielen hessischen Aufbauhelfern bot der Wechsel nach Thüringen auch eine neue berufliche Chance. Oftmals wurde junges Personal aus Hessen und anderen westlichen Bundesländern rekrutiert, das die Entfaltungsmöglichkeiten in dieser im Aufbau begriffenen Verwaltung den vielerorts eingefahrenen, verkrusteten Strukturen oder »Beförderungsstaus« in ihren Heimatländern vorzog und in der neuen Umgebung heimisch wurde.

Da gemäß einer Vereinbarung der beiden Regierungschefs von Thüringen und Hessen vom Mai 1991 80% der Mittel des Aktionsprogramms in die Verwaltungshilfe flossen, verlegte sich Hessen für die restlichen 20% auf die gezielte Projektförderung im schulischen, sozialen und vor allem kulturellen Bereich. Hessen übernahm beispielsweise für 1992 den Thüringer Anteil an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Höhe von 566.000 DM und die Ausrichtung der gemeinsamen geschichtlichen Landesausstellung »Hessen und Thüringen in einem stattlichen Finanzumfang von 450.000 DM. Von den Anfängen bis zur Reformation«, die 1992 sowohl auf dem Landgrafenschloss in Marburg als auch auf der Wartburg gezeigt wurde.

*Auch die Heilige Elisabeth von Thüringen stellt eine historische Klammer zwischen beiden Ländern dar und wird daher auch immer wieder beiderseits in Form von historischen Ausstellungen geehrt. Die 1235 unter Papst Gregor IX. heilig gesprochene Elisabeth ist gleichsam die Patronin von Hessen und Thüringen. Als ungarische Königstochter 1207 geboren, wurde sie bereits mit 4 Jahren als künftige Gattin eines Ludowingers nach Thüringen verbracht. 1221 folgte ihre Vermählung mit dem regierenden Landgrafen Ludwig IV. Zusammen mit ihrem Gatten stiftete sie zunächst in Gotha ein Hospital, 1226 folgte ein weiteres am Fuße der Wartburg. Schon früh fiel Elisabeth durch ihre Kritik am prunkvollen höfischen Leben auf. Sie engagierte sich für das einfache Volk durch karitative Tätigkeiten, die sich am franziskanischen Frömmigkeits- und Armutsideal orientierten und weit über die damals üblichen Konventionen hinausgingen. Nachdem Landgraf Ludwig IV. 1227 auf dem Fünften Kreuzzug umkam, verlor Elisabeth am thüringischen Hof an Macht und Einfluss. Elisabeth verließ daraufhin die Wartburg. Kurz darauf gründete sie ein weiteres Hospital in Marburg, wo sie sich während ihrer letzten drei Lebensjahre eigenhändig und bis zur Selbstaufopferung der Pflege von Kranken und Ausgestoßenen widmete. Am 17. November 1231 verstarb Elisabeth im Alter von 24 Jahren. Konrad von Marburg († 1233), der geistliche Berater Elisabeths, zu dem sie als ihrem Beichtvater ein enges Verhältnis unterhalten hatte, strengte anschließend seit dem Frühjahr 1232 ein Kanonisierungsverfahren an, das drei Jahre später realisiert wurde. In Marburg wurde daraufhin bis 1283 eine mächtige gotische Kirche gebaut, in der sich auch das Grab der Heiligen Elisabeth befindet. Über die zeitlichen und politischen Grenzen hinweg wird die Elisabethverehrung bis in die Gegenwart gepflegt. So gab es etwa zu ihrem 750. Todestag 1981 in beiden Teilen Deutschlands große kirchliche Feiern. Die Kirchen Ostdeutschlands konnten zu diesem Anlass ihre Verankerung in der Bevölkerung manifestieren, als zehntausende Gläubige am Erfurter Dom zusammen kamen. Anlässlich des 800. Geburtstages der Heiligen Elisabeth 2007 gedachten die beiden Länder Hessen und Thüringen mit Landesausstellungen im Marburger Schloss und auf der Wartburg der großen Patronin.*



Hessisches Staatsarchiv Marburg



Grenzstreifen an der Gedenkstätte Point Alpha.

*Point Alpha*



Der Maintower, der mit 200 Metern Höhe vierthöchste Wolkenkratzer in Frankfurt am Main, ist der Sitz der Landesbank Hessen-Thüringen.

*picture-alliance / dpa*



## 5. VON DER »HESSENHILFE« ZUR LANGFRISTIGEN KOOPERATION

Durch seine »Thüringenhilfe« hatte das Land Hessen die Voraussetzungen für eine umfassende, langfristige Kooperation mit dem Freistaat Thüringen gelegt. Die Bildung des gemeinsamen Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen bedeutete den gewichtigen Einstieg in länderübergreifende Kooperationen und Zusammenschlüsse. Wenige Monate nach der Neugründung des Landes Thüringen begannen die Verhandlungen zwischen den Wirtschaftsministerien beider Länder zur Schaffung eines gemeinsamen Sparkassenverbandes. Kurzfristig sollte die Leistungsfähigkeit der 35 Sparkassen mit etwa 4.000 Beschäftigten und einem Bilanzvolumen von rund 16 Milliarden DM in Thüringen verbessert werden. Die hessische Seite mit ihrer 1953 entstandenen Verbundbank Hessische Landesbank Girozentrale – 43 Sparkassen, 20.000 Beschäftigten, Bilanzsumme von 95 Milliarden DM – versprach sich allgemein eine Erhöhung der Entwicklungschancen ihrer Sparkassen sowie spürbare Vorteile für die strukturelle Entwicklung im nord- und osthessischen Raum. Beiden Ländern gemein war die Absicht, die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes voranzutreiben. Mit dem Staatsvertrag über die Bildung des gemeinsamen Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen vom 12. März 1992 schufen beide Länder schließlich die Grundlagen für ein einheitliches öffentliches Finanzleistungssystem. Die Landesbank Hessen-Thüringen war die erste, über die Ländergrenzen hinaus reichende Landesbank Deutschlands mit Zentralen in Frankfurt am Main und in Erfurt.

Weitere Formen der langfristigen Kooperation zwischen Hessen und Thüringen über die Zeit der unmittelbaren Aufbauhilfe hinaus entstanden auch auf dem kulturellen Sektor. So hat sich das Thüringer Kultusministerium 1991 dem Jungen Literaturforum angeschlossen, das 1984 beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gegründet worden ist und jährlich 10 Förderpreise à 500 Euro vergibt. Parallel zur Landesbank entstand die Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen. Sie fördert vorrangig kulturelle Projekte in ländlichen und industriearmen Regionen beider Länder, lobt Kulturpreise aus und vergibt Stipendien in den Bereichen Musik und Kunst.

Von großer ideeller Bedeutung für die gemeinsame Vergangenheit von Hessen und Thüringen ist die Gedenkstätte Point Alpha in der Rhön. Während des Kalten Krieges war Point Alpha einer von insgesamt vier Beobachtungsstützpunkten der US-Armee am hessischen Teil der innerdeutschen Grenze. An diesem Vorposten der Nato standen die amerikanischen Soldaten denen des Warschauer Paktes in Sichtweite direkt gegenüber. Nach Ende der Ost-West-Konfrontation gaben die USA diesen Stützpunkt 1991 auf. 1995 wurde das Lager unter Denkmalschutz gestellt und in das Konzept eines Grenz museums integriert. Um diesen authentischen Ort des Kalten Krieges als Mahn- und Gedenkstätte zu bewahren



Grenzstreifen an der Gedenkstätte Point Alpha.


*Point Alpha*

und zugleich als »Lernort der Geschichte« langfristig zu nutzen, haben das Land Hessen und der Freistaat Thüringen zum 1. Januar 2008 eine Stiftung ins Leben gerufen. Zweck dieser mit 9,2 Millionen Euro Gründungskapital ausgestatteten Stiftung ist es, den früheren Militärstützpunkt Point Alpha sowie die in seinem Umkreis befindlichen Anlagen – ein Streifen der DDR-Grenzsicherungsanlagen und das auf der thüringischen Seite gelegene Begegnungszentrum »Haus auf der Grenze« – zu pflegen, auszubauen und vor allem der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Gedenkstätte soll mit dazu beitragen, insbesondere der jüngeren Bevölkerung das Zeitalter des Kalten Krieges begreifbar zu machen.

Begegnungszentrum der  
Gedenkstätte Point Alpha.

*Point Alpha*





**Friedrichroda**

Kreis Gotha  
Bezirk Erfurt

*Wir grüßen unsere  
Landsleute  
aus der  
Bundesrepublik!*



## LITERATURAUSWAHL

### »HESSEN UND THÜRINGEN«

ATZBACH, RAINER / ALBRECHT, THORSTEN: **Elisabeth von Thüringen. Leben und Wirkung in Kunst und Kulturgeschichte**, Petersberg, 4. verbesserte Auflage 2007

BERDING, HELMUT u. a. (Hg.): **Hessen: 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum**, Wiesbaden 2006 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 76; Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 45)

BLUME, DIETER / WERNER, MATTHIAS (Hg.): **Elisabeth von Thüringen – Eine europäische Heilige**. Katalog, Petersberg 2007

BRAASCH-SCHWERSMANN, URSULA u. a. (Hg.): **Landgraf Philipp der Großmütige 1504–1567. Hessen im Zentrum der Reform**. Begleitband zu einer Ausstellung des Landes Hessen, Marburg/Neustadt an der Aisch 2004

DEMANDT, KARL E.: **Geschichte des Landes Hessen**, Kassel, 2. neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1972

DORNHEIM, ANDREAS: **Der Demokratisierungsprozeß in Thüringen 1989**, Erfurt 1994 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

DORNHEIM, ANDREAS: **Geschichte des Begriffes „Freistaat“**, Erfurt 1994 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

DORNHEIM, ANDREAS: **Demokratischer Umbruch in Thüringen**, in: **Thüringen. Eine politische Landeskunde**, Erfurt 1996, S. 3-19

DORNHEIM, ANDREAS: **Bodenreform 1945–1952**, Erfurt 2001 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

FESSER, GERD: **Thüringen im 19. Jahrhundert**, Erfurt 2001 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

GRÄFE, MARLIS u. a. (Hg.): **Die geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933–1945** (2 Bände), Erfurt, 2. unveränderte Auflage 2004 (Quellen zur Geschichte Thüringens 24)

GÜSSGEN, ACHIM / STOBBE, REIMER (Hg.): **Hessen und Thüringen. Die Geschichte zweier Landschaften von der Frühzeit bis zur Reformation**, Wiesbaden 1992

HÄUPEL, BEATE: **Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923**, Weimar 1995 (Demokratische Bewegung in Mitteldeutschland 2)

HAHN, HANS-WERNER / WEGNER, KARL-HERMANN: **Region und Integration. Hessen und Thüringen im 19. und 20. Jahrhundert**, Wiesbaden 1992 (Kleine Schriftenreihe zur hessischen Landeskunde 1)

HARREN, TOBIAS: **Der Volksstaat Hessen 1918/19. Hessens Weg zur Demokratie**, Berlin 2003 (Zeitgeschichtliche Forschungen 19)

HEIDEN, DETLEV / MAI, GUNTHER (Hg.): **Nationalsozialismus in Thüringen**, Weimar / Köln / Wien 1995

HEIDEN, DETLEV (Hg.): **Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“**, Erfurt 1996 (Thüringen gestern und heute 2)

HEIDENREICH, BERND / SCHACHT, KONRAD (Hg.): **Hessen. Eine politische Landeskunde**, Stuttgart 1993

HEIDENREICH, BERND / FRIEDEL, MATHIAS (Hg.): **1989/1990: 20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre Deutsche Einheit**, Polis Nr. 50, Wiesbaden 2000

HEINEMEYER, WALTER (Hg.): **Das Werden Hessens**, Marburg 1986 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 50)

HEITZER, ENRICO: **Widerstand in Altenburg 1948–1950**, Erfurt 2006 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

HERZ, ANDREA: **Entstehung und Ausbau der DDR-Staatsicherheit in Thüringen**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

**Hessen. Eine starke Geschichte. 60 Begegnungen mit unserem Land seit 1945**, Begleitbuch zur Ausstellung, Wiesbaden 2005

HUSSONG, ULRICH: **Sophie von Brabant, Heinrich das Kind und die Geburtsstunde des Landes Hessen**, Marburg 1992 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 40)

JENTSCH, HANS-JOACHIM: **10 Jahre Hessen-Thüringen**, Polis Nr. 29, Wiesbaden 1999

JENTSCH, HANS-JOACHIM: **Würden wir es wieder so machen? – Die Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen nach dem 3. Oktober 1990**, in: **Thüringer Verwaltungsblätter**, 1/2009, S. 1–5

JOHN, JÜRGEN (Hg.): **1945–1952** (2 Teilbände), Erfurt 1999 (Quellen zur Geschichte Thüringens 9)

JOHN, JÜRGEN: **Das Land Thüringen in der Weimarer Republik**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

KADNER, BEATE: **Bevölkerungsentwicklung ab 1950**, Erfurt 2000 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

KARTMANN, NORBERT / SCHIPANSKI, DAGMAR (Hg.): **Hessen und Thüringen. Umbruch und Neuanfang 1989/90**, Frankfurt a. M. 2007

KNIGGE-TESCHE, RENATE / ULRICH, AXEL (Hg.): **Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945**, Frankfurt a. M. 1996

KROPAT, WOLF-ARNO: **Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom von November 1938. Eine Dokumentation**, Wiesbaden 1988

- LEPPIN, VOLKER: **Martin Luther**, Darmstadt 2006
- LINDNER, BERND: **Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90**, Bonn 1998
- MÄHLERT, ULRICH: **Kleine Geschichte der DDR 1949–1989**, München, 4. überarbeitete Vorlage 2004
- MAREK, DIETER: **Bezirke statt Länder. Die DDR-Verwaltungsreform 1952**, Erfurt 2002 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- MESTRUP, HEINZ: **Zur Geschichte des Bezirks Erfurt (1952–1990)**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- MESTRUP, HEINZ: **Zur Geschichte des Bezirks Gera (1952–1990)**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- MESTRUP, HEINZ: **Zur Geschichte des Bezirks Suhl**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- MOCZARSKI, NORBERT (Hg.): **Zwangsarbeit in Thüringen 1940–1945**, Erfurt 2002 (Quellen zur Geschichte Thüringens 19)
- MÜLLER, UWE: **Thüringen und die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert**, Erfurt 2001 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- NEUBERT, EHRHART/AUERBACH, THOMAS: **„Es kann anders werden“ – Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989**
- OVERESCH, MANFRED: **Gesamtdeutsche Initiativen. Hessisch-thüringische Beziehungen 1945/46**, in: *Nassauische Annalen* 91 (1980), S. 247–258
- OVERESCH, MANFRED: **Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht**, Bonn 1992 (Politik und Gesellschaftsgeschichte 29)
- OVERESCH, MANFRED: **Hermann Brill und die Neuanfänge Deutscher Politik in Thüringen 1945**, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 27, H. 4, 1979, S. 549
- PADBERG, LUTZ E. VON: **Bonifatius. Missionar und Reformier**, München 2003
- PATZE, HANS/SCHLESINGER, WALTER (Hg.): **Geschichte Thüringens. Bd. 5: Politische Geschichte in der Neuzeit 1. Teil** (2 Teilbände), Köln/Wien 1982 (Mitteldeutsche Forschungen 48/V/1/1-2)
- PHILIPPI, HANS: **Die Landgrafschaft Hessen-Kassel 1648–1806**, Marburg 2007 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 46; Kleine Schriften 8)
- PORT, ANDREW I.: **Der erste Arbeiteraufstand der DDR in Saalfeld 1951**, Erfurt 2008 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- POST, BERNHARD u. a. (Hg.): **Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995**, Weimar 1999 (Veröffentlichungen aus Thüringischen Staatsarchiven 1)
- RASSLOFF, STEFFEN: **Thüringen. Ein historischer Überblick**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- RASSLOFF, STEFFEN: **Fritz Sauckel. Hitlers Muster-Gauleiter**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- RASSLOFF, STEFFEN: **Parteien und Landespolitik 1920–1933**, Erfurt 2005 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- RASSLOFF, STEFFEN: **Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“**, Erfurt, 3. Auflage 2008 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- RASSLOFF, STEFFEN: **Antisemitismus in Thüringen**, Erfurt 2008 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- RAUHUT, MICHAEL: **Rock und Rebellion: Altenburg 1976**, Erfurt 2003 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- RITSCHER, BODO.: **Die Einrichtung des sowjetischen Speziallagers Buchenwald 1945**, Erfurt 2005 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- SCHEURMANN, KONRAD/FRANK, JÖRDIS (Hg.): **Neu Entdeckt. Thüringen – Land der Residenzen [1485–1918], 2. Thüringer Landesausstellung, Schloss Sonderhausen, 15.5.–3.10.2004**, Katalog 1, Mainz 2004
- SCHNEIDER, AXEL: **Hessen und Thüringen. Stichworte einer Nachbarschaft**, Frankfurt a. M. 1990
- SCHÖNFELDER, JAN: **Das Erfurter Pressefest 1978**, Erfurt 2004 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- THÜRINGER STAATSKANZLEI (Hg.): **Thüringer Regierungschefs 1920 bis 2003**, Erfurt 2007
- WEIDENFELD, WERNER, KORTE, KARL-RUDOLF (Hg.): **Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999**, Bonn 1999
- WEIGELT, SYLVIA: **Die kulturelle Bedeutung Thüringens im Mittelalter**, Erfurt 2008 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- WIELER, ULRICH: **Architektur und Bauen in Thüringen 1945–1989**, Erfurt 2000 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)
- WOLF, WERNER/PETER, ANTONIO (Hg.): **Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen**, Wiesbaden 1990
- ZIBELL, STEPHANIE: **Jakob Sprenger (1884–1945). NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen**, Darmstadt/Marburg 1999 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 121)

#### BILDNACHWEIS

Alle Abbildungen, soweit nicht anders gekennzeichnet:  
Hessisches Hauptstaatsarchiv

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBER  
Hessisches Hauptstaatsarchiv  
Wiesbaden

TEXT, BILDREDAKTION,  
WISSENSCHAFTLICHE LEITUNG:  
Dr. Johann Zilien

MITARBEIT  
Hendrik Friggemann, Laura-Julie Weißkopf

GESTALTUNG  
die Basis | Kommunikation. Ideenwerk. Design.  
[www.diebasis.de](http://www.diebasis.de)

DRUCK  
druckkollektiv GmbH, Giessen;  
gedruckt auf Profibulk 135 g/m<sup>2</sup>,  
Umschlag auf Chromosulfat-Karton 250 g/m<sup>2</sup>

1. AUFLAGE

Mai 2009



HESSEN



HESSISCHES  
HAUPTSTAATSARCHIV  
Mosbacher Straße 55  
65187 Wiesbaden

HESSISCHE STAATSKANZLEI  
Georg-August-Zinn-Straße 1  
65183 Wiesbaden